Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Montag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 8,50 Mk. Durch die Post monatl. 6,50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Dorotheenstraße 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroß, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Montag, den 12. Dezember 1921** | **1. Jahrgang. Nr. 290**

Die Gewerkschaften für die Kreditanleihe

Vorbereitungen zur Entstaatlichung der Eisenbahnen

Die Tagung des Reichswirtschaftsrats

Im Reichswirtschaftsrat stand am Sonnabend der Gesetzentwurf über eine Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe zur Beratung. § 1 hat in den Ausschußberatungen eine Veränderung erfahren, die den Zweck der Kreditverweigerung genau umschreibt, ihn jedoch in dem wichtigsten Punkte aufrecht erhält, nämlich ob die deutschen Gewerbe zur Beschaffung der nötigen Goldanleihen für die Reparationen zusammengeschlossen werden sollen. Nach kurzer Begründung durch die Berichterstatter Bernhard und Hachenburg erklärt Tarnow namens der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer ihre Zustimmung zur Vorlage der Kreditvereinigung. Wir halten es für notwendig, daß irgendwoher Mittel für die Reparation beschafft werden und es scheint, daß sie auf diesem Wege am schnellsten herangeschafft werden können.

Reichskanzler Wirth hat, den Gesetzentwurf schleunigst zu verabschieden, als ein Zeichen innerer Bereitwilligkeit an der Lösung der Kreditfrage mitzuarbeiten, damit die ganze Welt auch an diesem Zeichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind, am Wiederaufbau Deutschlands und der ganzen Weltwirtschaft mitzuarbeiten.

Man vertagte sich darauf auf längere Zeit. Als 1½ Uhr die Sitzung wieder eröffnet wurde, teilte der Vorsitzende mit, daß man nach Mitteilungen aus der Reichskanzlei die Beratung über die Kreditvereinigung noch weiter verschieben müsse. Staatssekretär Hirsch sei nach der Reichskanzlei gefahren.

In die Geschäftsordnungsdebatte griff auch **Hugo Stinnes** ein, um sich für eine Vertagung der Beratung bis Dienstag auszusprechen. Die Mehrheit war aber anderer Meinung und lehnte den Antrag Bernhard ab.

Nach der Berichterstattung gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde die weitere Aussprache und die Abstimmung doch auf Dienstag vertagt. Dienstag vormittag soll der Reparationsausschuß eine Sitzung abhalten.

*

Das Geheimnis, warum die Führer der Gewerkschaften und die SPD. solange zu den Steuerfragen geschwiegen haben, trotzdem sie sich zu einem Kampf gegen die Erfassung der Sachwerte verpflichtet hatten, ist aufgedeckt. Die Kreditanleihe, der Plan der Stinnes und Konsorten wird perfekt; die Erfassung der Sachwerte ist fallen gelassen. Der Vertreter der Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat, Tarnow, erklärt, daß die Gewerkschaften der Industrie entgegenkommen und für eine „freiwillige Aktion", d. h. die Kreditanleihe statt des Zwanges der Sachwerterfassung eintreten. Dasselbe hat Scheidemann in seiner Kölner Rede gesagt.

Nicht um die Frage, ob Kreditanleihe oder Erfassung der Sachwerte wird jetzt gestritten, sondern nur darum, in welchem Maße die Bedingungen der Industrie erfüllt werden sollen. Es wird darum gestritten inwieweit die Industrie von den Steuern befreit werden soll, inwieweit die Privatisierung der Eisenbahnen erfolgen soll. Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß dieser Streit ein bloßes Wortgefecht ist, mit dem die Gewerkschaftsführer ihren Rückzug decken wollen. Wenn man von vornherein auf den Zwang gegenüber dem Großkapital verzichtet, gibt man die Waffe auf, mit der die Stinnes allein an der Verwirklichung ihrer Pläne gehindert werden können.

Es ist nur ein Zeichen dafür, daß das Großkapital fühlt, daß es die Dinge in seiner Hand hält, wenn im Reichswirtschaftsrat die Vertreter der Industrie sogar eine Zwangsorganisation zum Zwecke dieser freiwilligen Kreditanleihe ablehnten, wenn sie ob dieser Frage eine Vertagung durchsetzten.

Mit aller Macht wird jetzt für die Entstaatlichung der Eisenbahnen Stimmung gemacht. Die neue Erhöhung der Eisenbahntarife ist nur ein Trumpf in der Hand von Stinnes. Die Stinnes'sche „Deutsche Allgemeine Zeitung" und das Parvus'sche „8-Uhr-Abendblatt" berichten übereinstimmend von einer bevorstehenden Kohlenkatastrophe, die auf — die Verwaltung der Eisenbahnen zurückzuführen sei.

Die Dinge entwickeln sich mit rasender Schnelligkeit. Rathenau kehrt aus London zurück, um über englische Anleihepläne den Bericht zu erstatten. Briand fährt nach London. Ein Zeichen, daß eine englisch-französische Einigung bevorsteht.

Die Januarrate wird fällig. Und sie muß bezahlt werden, denn man spricht nicht mehr von einem Moratorium, sondern nur von einer Anleihe.

Wenn die Arbeiter nicht die Geprellten sein wollen, so müssen sie den Gewerkschaftsführern ein vernehmliches Halt zurufen. Sie müssen es erzwingen, daß die Gewerkschaften nicht in den Dienst der Kreditanleihepläne von Stinnes, sondern des Kampfes um die Erfassung der Sachwerte zu dem sie sich programmatisch verpflichtet haben, gestellt werden. Die Arbeiterschaft muß es durchsetzen, daß ein Organ geschaffen wird, das ihren Willen ausdrückt, das im Namen der Massen spricht, das darüber wacht, daß die Gewerkschaftsführer nicht umfallen. Ein solches Organ kann und muß ein Reichsbetriebsrätekongreß werden.

Der Prozeß der Kappverbrecher

FR. Leipzig, 10. Dezember. Heute marschiert die Gegenseitenauf, d. h., so klar ist die Gruppierung nicht. In Wirklichkeit führt eine Linie von Kröcher über Seeckt zu Kapp.

Der General von Seeckt stellt fest, daß die Regierung frühzeitig über die Pläne unterrichtet war. Sie tat nichts. „Für was sollten sich die Soldaten schlagen?" sagt Seeckt. Der Unterschied zwischen Kapp und Ebert war nicht so groß, daß man das teure Landesrechtsleben aufs Spiel gesetzt hätte.

Gustav Noske nimmt den Mund ein wenig voll — man ist das so von ihm gewohnt. Mit einem Bataillon Reichswehr hätte man in der Nacht vom 12. auf 13. März 1920 den „ganzen Spuk" zerflattern lassen. Nur schade, daß das Bataillon und die Zustimmung der übrigen Minister nicht zu bekommen war. So blieben Gustav Noskes Heldentaten ungetan. Er wird auch weiter bleiben der Proletarierschlächter, der ausrief, als ein General mit dem politischen Horizont eines 18jährigen Fahnenjunkers, ihm auf die Bude rückte.

Es gibt noch Richter in Leipzig, wenn sie auch während der Verhandlungen zu schlafen scheinen, und ehemalige Justizminister, wie den Volksparteiler Heinze, die, wenn ihnen einer sagt, daß er das Geld zum Putsch sich auf der Reichsbank holen will, nachsichtig lächeln und die — wenn er sich's holt, die Amnestie verkünden für den Fehlenden. Und Sozialdemokraten, wie Herr Hirsch, versprachen gütigst, während Lüttwitz noch so halb und halb auf dem Diktatorsessel saß, sie würden in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Amnestie „passieren" lassen. Lüttwitz und Kapp sind durch die bisherigen Zeugenaussagen bereits so glorifiziert, daß kein patriotisches Kinderlesebuch mehr ohne sie wird existieren können.

Herr Jagow haucht auch heute jeden Zeugen an, er soll ihm attestieren, daß er, Herr Jagow, keinesfalls ein Löwe war im Kapp-Putsch noch vorher. Nur eine simple, pflichtbewußte Bureaumaus will er gewesen sein. Die andern Angeklagten schweigen still.

Dafür spricht außerordentlich viel Herr Hergt. Bei ihm war Lüttwitz schon zehn Tage vor dem Putsch und öffenbarte ihm sein tatenfrohes Herz, Herr Hergt war „konsterniert", doch als der Putsch geschehen war, erfreute er sich an den Früchten und war bestrebt, die Sache zu bekummeln.

Wie herrlich es im Reiche Gustav Noskes zur Zeit des Putsches aussah, illustriert der Admiral v. Trotha, als er erzählt, daß der Alarmbefehl, mit dem die regierungstreuen Truppen aufgerufen werden sollten, auch der Brigade Ehrhardt übermittelt ward, so daß sie unter Berufung auf denselben Befehl, mit dem sich die Regierung schützen wollte, vor den Döberitzern auf Berlin marschierte.

Das eine ist schon heute vollständig klargestellt: der Putsch war keine finstere Verschwörung, er wurde vorbereitet am hellen lichten Tag, bekannte Politiker und die Regierung waren orientiert. Und trotzdem fiel die Herrlichkeit der Noske-Bauer wie ein Kartenhaus zusammen, als Ehrhardts Sturmhelm unterm Brandenburger Tor erschien.

Der Höhepunkt der Hetze

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Vorwärts" hat im Einverständnis mit dem Vorstand der SPD. einen Aufruf veröffentlicht, der für eine Weihnachtsbescherung für die notleidenden Opfer der Kommunisten in den Gefängnissen eintritt.

Damit hat die schamlose Hetze der Rechtssozialisten ihren Höhepunkt erreicht.

Ein Prozeß gegen 400 Kommunisten

TU. Bukarest, den 8. Dezember. Einer Mitteilung des rumänischen offiziösen „Adevarul" zufolge werden sich in dem bevorstehenden großen Kommunistenprozeß 400 Personen zu verantworten haben. Die Verhandlungen werden zwischen dem 15. und 20. Dezember im hiesigen Offizierskasino beginnen und ungefähr drei Monate in Anspruch nehmen. Um den täglichen Transport von 400 Personen vom Gefängnis zum Gerichtssaal zu umgehen, werden die Angeklagten in zwei Kasernen, die sich in der Nähe des Offizierskasinos befinden, untergebracht werden. Die Anklage wird von Major Tschernat erhoben werden. Zur Verteidigung der Angeklagten haben sich bereits 100 Rechtsanwälte gemeldet. Außerdem sind 20 Offiziere zu offiziellen Verteidigern bestimmt worden. Sämtliche Angeklagte sollen gemeinsam abgeurteilt werden. 20 angeklagte Kommunisten sollen noch vor Beginn des Prozesses freigelassen werden.

Verschärfung im Berliner Hochbahnerstreik

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Berliner Hochbahnerstreik hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die Unternehmer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ablehnten.

Den Vorhang herunter!

Genug der Schande?

Der Untersuchungsausschuß über Mitteldeutschland hat, wie berichtet, in seiner letzten Zusammenkunft am Donnerstag voriger Woche mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit den Beschluß gefaßt, **die Beweiserhebung für beendet zu erklären.** Wer die Absichten der Rechtsparteien bei der Förderung und Einsetzung des Ausschusses und das Ergebnis seiner Untersuchungen kennt, dem wird dieser Schritt seiner Mehrheit nicht allzu überraschend gekommen sein. Es ging ihnen wie Sancho Pansa. Die Herrschaften, die ausgezogen waren, um die „verbrecherischen Kommunisten" anzuklagen, die Parteien, die in den Verhandlungen die schaurige Blutjustiz der Ausnahmegerichte Eberts rechtfertigen, die in allem — nach Severing und Hörsing — einen neuen Schlag gegen das revolutionäre Proletariat und die Revolution führen wollten, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Eine Enttäuschung folgte der anderen. Schon einmal hätten sie sich gern aus der Affäre gezogen, wenn es gegangen wäre. Aber da traten die Kommunisten als Anwälte der Märzopfer dazwischen und verlangten die Erörterung des schmachvollen Kapitels „Greueltaten der Schupo". Niemand wagte zu widersprechen. Als dann Opfer und Augenzeugen zu Anklägern wurden, war das Entsetzen groß. Das hatte man doch nicht erwartet. Der Schwindel von dem „Osterputsch der Kommunisten" blieb auf der Strecke. Die Lüge von der „Roten Armee" ward erledigt. Die Verleumdungen über „kommunistische Verbrechen" zerflatterten schon vor den aktenmäßigen Tatsachen. Klar aber stand vor aller Welt die Tatsache fest, daß die Polizeiaktion der Bourgeoisie der Severing und Hörsing ein politischer Anschlag auf das mitteldeutsche Proletariat war. Kein Zweifel blieb möglich darüber, daß im Märzkampf in großer Zahl **grausame Verbrechen durch Angehörige der Schutzpolizei begangen wurden.** Der bürgerlich-kapitalistische, sozialistisch regierte Staat und seine verbrecherisch-gewalttätige Methode zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiter stand am Pranger. Und das arbeitende Volk fällte ein vernichtendes Urteil über sie und jene Kreaturen, die sie übten.

Die Sozialdemokratie, die im Untersuchungsausschuß immer zwischen zwei Feuern stand, geriet erneut in eine peinliche Lage. Die Schupo-Verbrechen offen rechtfertigen, das konnte sich die Partei denn doch nicht erlauben. Die Wirkungen von Görlitz brachten ihr Verlegenheit genug. So entrüsteteten sich ihre Blätter über die „Düsseldorfer Mörder", gar nicht bemerkend, daß sie schon damit die Severing und Hörsing arg bloßstellten. Denn diese Leute hatten doch den grünen Militaristen den Auftrag zur rücksichtslosesten Niederschlagung der Kommunisten gegeben. Wie weit sie hierbei gegangen waren, das erfuhr die Oeffentlichkeit erneut am Donnerstag durch den Untersuchungsausschuß. Zwei Zeugen, die als Vertreter der Düsseldorfer Schutzpolizei erschienen waren, entlarvten Hörsing, den Verfasser der „friedfertigen Aufrufe", als neuen Ludendorff, der von seinen Militaristen im Kampfe gegen die Arbeiterschaft rücksichtslosestes Draufgehen verlangte. Der Graf Poninski, dessen Düsseldorfer Abteilung auf Geheiß Severings in Mitteldeutschland eingesetzt wurde und von der die Blutarbeit dann am brutalsten ausgeführt wurde, hatte nach diesen Zeugnissen eine Unterredung mit Hörsing, anscheinend über die Methode zur Niederwerfung des mitteldeutschen Aufstandes. Ob der militaristische Graf Bedenken gegen ein allzu scharfes Vorgehen gehabt hat, man weiß es nicht. Aber wenn es wahr ist, daß Hörsing ihm erklärt hat, „je blutiger der erste Tag sei, um so unblutiger die anderen", so bleibt kein Zweifel möglich, daß der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen durch seine Gewissenlosigkeit und Brutalität Noske in den Schatten gestellt hat. Und diese Leute, die selbst die rücksichtsloseste Vernichtungsstrategie Hindenburgs anbeten und die uns Kommunisten nachreden, daß wir militaristisch eingestellt seien, nennen sich noch immer Sozialdemokraten! O, diese Verbrecher, diese Heuchler, diese Denunziantenseelen!

Die Befundung der Düsseldorfer Schupobeamten wirkte niederschmetternd auf die Vertreter der Sozialdemokratie im Ausschuß. Sie sagten kein Wort zu dieser erneuten Bloßstellung des Mannes, dessen Taten sie rechtfertigen müssen. Die Sprache war ihnen vergangen. War es Scham, war es Verlegenheit?

Was immer die sozialdemokratischen Abgeordneten verstummen ließ — welche Antwort werden die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter auf die neuerliche Bestätigung der direkten Urheberschaft eines Angehörigen ihrer Partei an dem Schupo-Massakre unter den revolutionären Arbeitern Mitteldeutschlands geben? Werden sie jetzt nicht endlich das schamlose Spiel des „Vorwärts"-Denunziantentums, die Gründe für die Veröffentlichung des Weismann-Materials durch das Zentralorgan der SPD. durchschauen? Genügt ihnen der Beschluß auf Verfolgung des Abgeordneten Eberlein (mit Sozialdemokraten) und zu seiner Verhaftung durch die Klassenjustiz noch nicht? Dann mögen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0001

sie wenigstens über das Bekenntnis des Grafen Poninski ein wenig nachdenken.

Herr Heilmann, der sonst so redselige, wußte gewiß, weshalb er im Untersuchungsausschuß des Landtages nach diesen kompromittierenden Bekundungen den Wunsch aussprach, die bürgerlichen Vertreter möchten mit den sozialdemokratischen sich einigen über die Art der Beendigung der Beweiserhebung. Wenn sie ihm aber hohnlachend die kalte Schulter zeigten, Winkelzüge zu machen ablehnten im Hinblick auf ihre Mehrheit im Ausschuß, und kurzerhand den Vorhang herunterzogen vor dem Schauplatz sozialdemokratisch-militaristischer Unterdrückungsarbeit am revolutionären Proletariat, so werden sie sich damit gewiß auch den stillen Dank der Ebert, Severing, Hörsing verdient haben.

Die bürgerliche Mehrheit wußte, weshalb sie trotz des Protestes der kommunistischen Vertreter die Beweiserhebungsakten des Untersuchungsausschusses schloß. Sie hat die sozialdemokratischen Provokateure genügend bloßgestellt, um ihrer Sache zu nützen. In dem Augenblick, der die Gefahr bringt, daß Kommunisten aus den Verhandlungen allzuviel Kapital zufällt; in dem Augenblick, der die Märzaktion erneut als die Anwendung der verbrecherischen Methoden kapitalistischer Politik gegen die proletarische Revolution offenbart; in dem Augenblick, der mit den Mördern zugleich die Anstifter zum Mord bloßstellt, machen sie Schluß, selbst auf die Gefahr hin, daß auch der mitteldeutsche Untersuchungsausschuß zu einer Komödie des bürgerlichen Parlamentarismus wird.

Diese Methode aber ist wenigstens offen. Und sie wird ihre Wirkung auf die Arbeiter üben. Denn diese müssen jetzt stutzig werden. Die Arbeiter werden erkennen, warum die Beweiserhebungen des Untersuchungsausschusses so plötzlich geschlossen werden. Die bürgerliche Welt will die donnernden Anklagen der proletarischen Zeugen gegen das Blut- und Mördersystem von Mitteldeutschland nicht mehr hören. Sie will nicht zugeben, daß das Proletariat im bürgerlichen Parlament die Schande der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien anprangert.

Die rücksichtslose offene Methode der bürgerlichen Gewalthaber beschämt allerdings die ihrer sozialdemokratischen Komplis. Die sind schändlich in ihrer Schande. Sie leugnen noch, wo unwiderlegliche Beweise sind. Sie strafen sich selber Lügen, wenn sie einmal ehrlich die Wahrheit gesagt haben. Sie denunzieren andere, um von ihrer eigenen Schuld abzulenken. Sie verleumden immerfort, weil die Wahrheit wider sie ist. Das Proletariat wird über diese Verräter an seinen Lebensinteressen die Akten nicht eher schließen, bis sie die Strafe ereilt hat.

Anatole France empfängt den Nobelpreis

Berlin, 12. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Genosse Anatole France ist gestern in Begleitung des Professors Nernst in Stockholm eingetroffen, um den Nobelpreis in Empfang zu nehmen. Während Nernst ein wütender Verfolger der kommunistischen Studenten ist, rechnet sich der große französische Dichter mit Stolz zu den Kommunisten.

Die Kapitulation vor Bayern

Die bayerischen Zuchthäuser dürfen nicht besucht werden

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages hat seinen Beschluß vom 22. November d. J., die Strafanstalt Niederschönenfeld zu besichtigen, in seiner heutigen Sitzung mit 5 gegen 3 Stimmen wieder aufgehoben. Die Abgeordneten Merk (Bayrische Volkspartei), Bruhn (DN.), v. Rehbinder (Zir.), Rippner (DV.), Brodauf (Dem.) beantragten Aufhebung und stimmten für sie. Genosse Herzfeld (Komm.) Genosse Rosenfeld (Unabh.) und Dr. Grotjahn (Sozialdemokrat) stimmten dagegen.

Unter dem Druck des Hungerstreiks und der aus allen Teilen des Reiches erschienenen Deputationen der drei sozialistischen Parteien wurde der Ausschuß eingesetzt, beschloß er sofort, Lichtenburg zu besichtigen, die Aufhebung der Bluturteile der außerordentlichen Gerichte zu fordern und alsbald Niederschönenfeld, das politische Zuchthaus Bayerns, zu besuchen. Jetzt, da der Hungerstreik aufgegeben, **die befürchtete Einheitsfront der Proletarier nicht zustande gekommen und ihre Erregung beruhigt** scheint, denkt man nicht mehr daran, gegen den Widerspruch der bayrischen Reaktion die Lage der politischen Gefangenen zu mildern oder sie gar zu amnestieren. Man hat die bürgerliche Einheitsfront gegen die eingekerkerten revolutionären Arbeiter hergestellt.

Der Reichstagspräsident Loebe hatte schon eigenmächtig den Beschluß des Ausschusses, Niederschönenfeld zu besichtigen, dahin abgeändert, daß der Reichstag es erst beschließen möge. Der bayrische Gesandte v. Preyer erklärte den Beschluß des Ausschusses als verfassungswidrig, als einen Eingriff in die bayrische Justizhoheit. Er habe in Bayern große Erregung hervorgerufen, man möge nicht wieder den Konflikt mit Bayern schaffen. Der Reichsjustizminister Dr. Radbruch war **überhaupt nicht erschienen.**

Vergeblich müßten sich die Genossen Herzfeld und Rosenfeld die Verfassungsmäßigkeit und die politische Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Beschlusses darzutun. Den bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, war aber durch die Reichsregierung und die bayrische Regierung das Stichwort gegeben. Sie waren entschlossen, die Besichtigung von Niederschönenfeld zu vereiteln.

Der Beschluß, die Zeitung Niederschönenfeld zu besichtigen, wurde aufgehoben.

Das bedeutet, **daß der Reichstag ausgeschaltet** ist, in den Strafvollzug der politischen Gefangenen einzugreifen, das bedeutet die Ablehnung der Amnestie. Die Reichsregierung kapituliert vor Bayern.

Für den Reichsbetriebsrätekongreß

Köln, 5. Dezember. Der **Arbeitsausschuß der Betriebs- und Beamtenräte für Eisenbahner** von Rheinland und Westfalen hat im Zusammenhang mit der **Lohnbewegung** sich für die **Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses** ausgesprochen in Anbetracht folgender Punkte:

1. Die kommenden Kämpfe müssen geführt werden unter der Parole „Einheitsfront aller Hand- und Kopfarbeiter", weil alle Teilkämpfe trotz größter Aufopferung (z. B. Düsseldorfer Metallarbeiterstreik) im Handumdrehen illusorisch gemacht werden.

2. Bei der Abwälzung der Steuern auf die Besitzlosen werden wiederum sich neue Lohnkämpfe auslösen, die sich vervielfachen in geteilter Kampffront, wobei die gesamte Arbeiterschaft sich restlos aufopfern wird. Wir zeigen der Kollegenschaft diesen Leidensweg auf, um der Einheitsfront willen.

Der Arbeitsausschuß ist deshalb der Ansicht, daß ein Reichsbetriebsrätekongreß im Interesse unserer Lohnpolitik liegt, weil diese einschneidenden wirtschaftlichen Fragen Kämpfe herausfordern für die gesamte Arbeiterschaft. Der Arbeitsausschuß.

Nach dem Bier soll auch der Tabak bluten!

In dem 2. Steuerausschuß fand heute die Beratung des Tabaksteuergesetzes statt. Zunächst wurde eine Generaldebatte eröffnet. Die meisten Redner befaßten sich mit den Einzelheiten des Gesetzes oder nahmen auf die vorliegenden Anträge Bezug. Erst

Was geschieht zur Durchführung der 10 Forderungen des ADGB?

Im März 1920 nach dem Kapp-Putsch wurde der Generalstreik auf Grund des Bielefelder-Abkommens abgebrochen. Das Abkommen lautete:

Vertrag zwischen dem ADGB. und der Regierung Ebert-Noske

Die 8 Punkte des Bielefelder Abkommens

Die Verhandlungen zwischen dem ADGB. und der Regierung Ebert-Noske während des Kapp-Putsches führten zum Abschluß folgender acht Punkte:

Die hier anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten:

1. Daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Verhaftung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solcher in leitenden Stellen, und ihr Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnelle Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der beschenden und Schaffung neuer sozialer Gesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung aller dafür reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der die Berufsverbände zuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort, ebenso die Uebernahme des Kohlensyndikats und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung aller verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Land und Stadt, Sicherung der Erfüllung und Ablieferungspflichtigen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilligen Verletzungen der Verpflichtungen.

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Zurücksetzung eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet."

Von diesen acht Punkten ist kein einziger durchgeführt worden. Warum? Es ist richtig, daß die Gewerkschaftsführer nichts taten. Aber wie war es möglich, daß die Gewerkschaftsführer die Verwirklichung dieser acht Punkte sabotieren konnten? Doch nur deshalb, weil die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter die Gewerkschaftsführer sabotieren ließen.

•

Vor einigen Wochen haben der ADGB. und die Afa folgende zehn Forderungen aufgestellt:

Die zehn Forderungen des ADGB. und der Afa zur Steuerfrage

1. **Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.** Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.

2. **Sozialisierung des Kohlenbergbaues** zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.

3. **Neuordnung der Verkehrsunternehmungen** mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.

4. **Schärfste Erfassung der Exportdevisen** durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.

5. **Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.**

6. **Erhöhung der Ausfuhrabgaben** bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.

7. **Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.**

8. **Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer.** Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.

9. **Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.**

10. **Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.**

Der Aufruf, der diese zehn Mindestforderungen enthielt, schloß mit folgendem Appell:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afabundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten sowie die Zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten."

Die Zentralen und örtlichen Organe der Gewerkschaften sind angewiesen, ihre ganze organisatorische Kraft zur Durchführung dieser zehn Punkte zu entfalten. **Aber wo ist diese Kraftentfaltung? Wo die ausrüttelnde Propaganda für diese Forderungen, die den Boden für die proletarische Massenaktion zur Durchführung dieser Forderungen vorbereiten soll?**

Hat der ADGB. diese Forderungen nur aufgestellt, um die augenblickliche Erregung der Massen zu dämpfen, aber nicht um sie durchzuführen? Diese neuen Forderungen des ADGB. werden, wie die vielen alten Forderungen, genau so auf dem Papier bleiben, wenn die Gewerkschaftsmitglieder nicht ihre ganze Kraft in die Wagschale werfen.

In jeder Gewerkschafts- und Betriebsversammlung müssen die Gewerkschaftsmitglieder auf die örtlichen Gewerkschaftsorgane einwirken damit diese in öffentlichen Versammlungen die Massen zur Unterstützung der Forderungen aufrufen.

Die Ortsausschüsse müssen handeln, sie müssen gezwungen werden zu handeln. Ihre Pflicht ist es, die Gesamtmasse der Gewerkschaftsmitglieder für die Forderungen in Bewegung zu setzen.

Vor allem muß in den Betriebsversammlungen der Kampfwille für die Durchsetzung der zehn Forderungen zum Ausdruck kommen. Von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß sie schleunigst alle Maßnahmen zur Mobilisierung der Massen treffen.

Treten die Gewerkschaftsmitglieder nicht mit aller Kraft für die Verwirklichung der zehn Forderungen ein, dann wird die Geschichte der deutschen Revolution um zehn proletarische Forderungen reicher geworden sein — die auf dem Papier geblieben sind.

Genosse Gener hob die Debatte auf den Standpunkt einer grundsätzlichen Aussprache und legte die Stellung seiner Partei zu dem Gesetz dar. Gegenüber den Ausführungen des Rechtssozialisten Riedmüller, daß die „Staatsbedürfnisse eine Heranziehung des Tabaks erforderten", bemerkte Gener, daß er und seine Freunde indirekte Steuern prinzipiell ablehnen, während die Rechtssozialisten diesen prinzipiellen Standpunkt verlassen haben. Bereits in Weimar habe er diese Art Besteuerung bekämpft. Die Doppelsteuer des Gewichtszolls der Banderolesteuer habe eine verhängnisvolle Wirkung für die Industrie. Der Gedanke sei verhängnisvoll für die Industrie. Er gebe diese wilder Spekulation preis. Infolge des Gesetzes sei zuweilen große Arbeitslosigkeit eingetreten, es habe aber auch Zeiten von Hochtonjunktur gegeben, je nach dem Stand der Valutaspekulation. Die Regierung habe es bisher an allen statistischen Nachweisen über die Wirkung des Gesetzes fehlen lassen. Es fehle der Nachweis über die Vernichtung von mittleren und kleineren Existenzen. Auch die Ziffern über die Arbeitslosigkeit habe die Organisation der Arbeiter selbst liefern müssen. Redner verlangte aber auch statistische Nachweise der Regierung. Auch darüber, wie hoch die Beträge seien für die Steuererhebung. Es kursierten hier Gerüchte daß die Hälfte der Steuern für die Steuerverhebung draufgehe. Auch die Kontrolle für dieses verwickelte Gesetz sei unausführbar. Wo sie angewandt werde, arte sie in Schikanen aus. Die Liberalisierung des Gesetzes erweise sich auch darin, daß es erst Arbeitslosigkeit hervorrufe und dann einen Teil dieser Steuer für Unterstützungen an die Arbeitslosen verwenden müsse. Die Regierungsvertreter haben selbst eine Aenderung des Gesetzes für unabweisbar erklärt, aber diese Abänderung werde kaum die Uebelstände beheben. Der Regierungsvertreter sagte, es solle Ruhe für die Industrie geschaffen werden, andererseits aber aus dem Tabak herausgeholt werden, was herauszuholen sei. Wenn das letztere geschehe, könne keine Ruhe eintreten.

In der Debatte unterstrich der Abgeordnete Henke diese Ausführungen Geyers. Andere Redner bemegten sich mehr in Einzelheiten. Unter anderem nahm Gener noch einmal Gelegenheit, um sich gegen den von den Agrariern weiter erhöhten Schutz des deutschen Zigarettenbaues zu wenden. Wenn je Wächter mit Tabak getrieben werden sei, so vor allem mit dem inländischen, der bis zum fünfzigfachen des Preises vor dem Kriege erhöht worden sei. Die Spezialdebatte wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Umsatzsteuer und Erfassung der Sachwerte

„Und gerade das, was uns selbstverständlich ist, was ein halbes Jahrhundert lang den Grundgedanken aller sozialistischen Steuerprogramme bildete, wird in den nächsten Wochen von der rechtssozialistischen Partei preisgegeben werden, denn bei den Umsatzsteuern beabsichtigt man für die Besteuerung auch von solchen Gegenständen zu stimmen, die innerhalb der Grenzen liegen, die ich hier gezogen habe. Man erklärt eben: „Ja, wenn wir die Umsatzsteuer nicht bekommen, wie sollen denn dann die Ausgaben gedeckt werden?" Darauf erwidere ich: „Wenn ein Einkommen so gering ist, daß man es mit einer direkten Steuer nicht belegen kann und darf, dann darf ich doch auch erst recht nicht von hinten herum aus demselben Portemonnaie auf dem Umweg einer Umsatzsteuer oder anderer indirekten Steuern stehlen demjenigen (Zurufe: Sehr richtig!), der mit einem so knappen Einkommen bedacht ist, das was die Staatskasse offen von ihm zu fordern sich scheut. Langt das Einkommen der besitzenden Schichten nicht, dann stehen wir eben vor jener Umwälzung, die doch kommen wird und muß, daß diese kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht aufrechterhalten werden kann, daß sie durch eine technisch und sozial höhere Form: die Sozialisierung zu ersetzen ist."

So sprach Emanuel Wurm, der zeitlebens auf dem rechten Flügel der USP. stand, in seinem Referat über die Steuerfrage, das er auf dem Leipziger Parteitag im Jahre 1919 hielt. Jetzt suchen die Rechtsunabhängigen ihren Umfall in der Frage der Umsatzsteuer mit denselben fadenscheinigen Gründen zu rechtfertigen, die Wurm schon damals abgetan hat. Die „Freiheit" findet eine neue Ausrede. Sie behauptet, daß die Ablehnung der Umsatzsteuer ein Milliardengeschenk für die Kapitalistenklasse bedeuten würde. Denn die Umsatzsteuer sei ja sowieso auf den Preis aufgeschlagen. Beide Ausflüchte liegen in derselben Ebene. Sie zeigen nur eins: **Daß die Rechtsunabhängigen nicht den Mut haben, jene Steuerquellen zu erschließen, die die Kapitalistenklasse wirklich treffen.**

Die Dinge liegen klar auf der Hand. Einerseits ist die Bourgeoisie gezwungen, durch indirekte Steuern den Lohnanteil der Arbeiterklasse anzugreifen. Andererseits können die Steuerpläne der Bourgeoisie nur vereitelt werden durch einen tiefgehenden Eingriff in das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Kann daher die kapitalistische Produktion nur durch Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiterschaft, durch das System der indirekten Steuern aufrechterhalten bleiben, so kann sich andererseits die Arbeiterklasse nur erhalten, **wenn sie den Akkumulationsfonds und die Substanz des Kapitals angreift, wenn sie die Erfassung der Sachwerte durchsetzt.** Indirekte Steuern und Erfassung der Sachwerte schließen sich gegenseitig aus.

Deshalb bedeutet die Politik, die die Rechtsunabhängigen in der Frage der Umsatzsteuern eingeschlagen haben, praktisch ein Aufgeben der Forderung der Erfassung der Sachwerte.

Ausland

Gegen die Herabsetzung der Löhne

Proteststreik französischer Bergarbeiter

Etienne, 11. Dezember. Die Bergarbeiter beschlossen für morgen einen 24stündigen Proteststreik gegen die Herabsetzung der Löhne.

Flucht vor einem Kommunisten

Rom, 11. Dezember. Die Kammer wurde gestern beschlußunfähig, weil viele Abgeordnete als Protest gegen das Erscheinen des wegen Fahnenflucht mit Zuchthaus bestraften Kommunisten Misiono den Saal verließen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0002

Der Generalstreik in Turin

Aus Turin wird gemeldet: Der 24stündige Generalstreik als Protest gegen die Klassenjustiz ist von der Turiner Arbeiterschaft einmütig und wuchtig durchgeführt worden. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Während die Massen des italienischen Proletariats zum Kampf gegen die Reaktion bereit sind, gelingt es der Gewerkschaftsbureaukratie immer wieder, die Bewegungen abzuwürgen. So ist der Metallarbeiterstreik in Livorno, der zwei Monate gedauert hatte, jetzt beendigt worden. Die Arbeiter haben einen Lohnabbau von zehn Prozent hinnehmen müssen. Ebenso ist jetzt ein neues Lohnabkommen für die Triester Metallindustrie zustande gekommen, das einen Lohnabbau vorsieht. So war auch der opferwillige Generalstreik des Triester Proletariats vergeblich.

Zur Einstellung der Lebensmittelzuschüsse in Oesterreich. Wien, 11. Dezember. (TU.) Die Regierung hat den Parteien den Gesetzentwurf über die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse bereits zur Beratung vorgelegt. In diesem Gesetzentwurf ist ab 1. Januar 1922 die vollständige Einstellung aller Lebensmittelzuschüsse in Aussicht genommen. Die Unternehmer haben für jeden Angestellten sowie für dessen Frau und für jedes Kind unter 14 Jahren für Mehl, Fett und Brot die Differenz zwischen den Preisen vom 15. Dezember und 1. Januar allmonatlich im voraus zu erlegen. Das Gesetz soll vorläufig für sechs Monate in Kraft treten. Die Parteien und die Arbeiterkammer beraten derzeit den Gesetzentwurf, der unbedingt noch vor Weihnachten zum Beschluß erhoben werden soll; wahrscheinlich werden sich aber eine Reihe von Aenderungen als notwendig erweisen.

Freilassung der jugoslawischen Kommunisten in Wien. Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Polizei die drei südslawischen Kommunisten Cekic, Pavlavic, Matuzovic, die in den Hungerstreik getreten waren, freigelassen.

Ungeheuerliches Urteil der italienischen Klassenjustiz. Aus Turin wird gemeldet: Das Turiner Gericht hat eine Anzahl Arbeiter wegen Beteiligung an den Fabrikbesetzungen im letzten Herbst zu ungeheuerlichen Strafen verurteilt. Die Arbeiter Calcagno, Ciorcelli, Viotti erhielten je 23 Jahre Gefängnis die Angeklagten Villa und Giuliano erhielten je 11 Jahre, Boccalatto und Caponi je 9 Jahre, Poli und Vignola je 7 Jahre. Auf die Verkündigung des Urteils antworteten die Angeklagten mit dem Ruf: „Es lebe der Kommunismus!“ Als Protest gegen die feige Rachejustiz der Bourgeoisie hat die Turiner Arbeiterschaft einen Generalstreik von 24 Stunden proklamiert.

Sowjet-Rußland

Ein deutsch-russischer Kreditvertrag

OE. Berlin, 8. Dezember. Wie der Generalsekretär der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin, Herr J. A. Pieper, dem Vertreter des Ost-Expreß erklärte, ist dieser Tage ein Kreditvertrag zwischen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch die Handelsvertretung zu Berlin, und der Deutsch-Osteuropäischen Kreditbank A. G. zu Elberfeld, deren Verwaltung mit der Leitung des Deutsch-Osteuropäischen Wirtschaftsverbandes e. V. in Elberfeld verbunden ist, zustande gekommen. Die genannte Bank wird nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 3. Dezember in Zukunft Deutsch-Osteuropäische Wirtschaftsbank A. G. firmieren und ihr Kapital erhöhen. Die Handelsvertretung bestellt bei deutschen Firmen Waren aller Art im Gesamtwert von 200 Millionen Mark. Die Handelsvertretung behält sich vor, fallweise mit den für die Lieferung in Aussicht genommenen Firmen die Kaufverträge und Lieferungsbedingungen zu vereinbaren und ist bei diesen Verhandlungen der Bank gegenüber selbständig. Die Bezahlung der auf Grund des Kreditvertrages bestellten Waren erfolgt in folgender Weise: Die Handelsvertretung zahlt einen gewissen Prozentsatz der im Lieferungsvertrag vereinbarten Beträge bei der Vorlegung der Verladedokumente in deutschen Reichsmark. Den Rest kreditiert die Bank der Handelsvertretung und erhält von ihr dafür Wechsel mit verschieden langer Laufzeit, bis zu 12 Monaten. Mit den Wechseln gleichzeitig übergibt die Handelsvertretung der Bank Schatzscheine der russischen Regierung in Höhe der Wechselbeträge. Diese Schatzscheine darf die Bank nur zur Sicherheit in Depot nehmen. Alle Streitigkeiten, die sich ergeben sollten, werden unter Ausschluß jedes Rechtsweges durch ein Schiedsgericht nach Maßgabe der deutschen Zivilprozeßordnung entschieden. Sitz des Schiedsgerichts ist Berlin.

Zum Schluß erklärte Herr Pieper, daß dieser Vertrag wahrscheinlich noch ausgedehnt werde. Wegen anderer Kreditverträge schweben weit vorgeschrittene Verhandlungen mit den deutschen Finanzkreisen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnverhandlungen im Handels- und Transportgewerbe

Eine Versammlung der Handels- und Transportarbeiter und -Arbeiterinnen tagte am Mittwoch im „Volkspark“ und nahm die Berichte der Lohnkommission über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über einen neuen Manteltvertrag und der außertariflichen Teuerungszulage für den Monat Dezember entgegen. Hierzu wurde durch Kollegen Gräfe zur Ausführung gebracht, daß die Arbeitgeber bezüglich des Mantelvertrages eine Reihe Verschlechterungen vorzuschlagen hätten, während unsererseits auf Grund der von uns ausgegangenen Kündigung des Vertrages bedeutende Verbesserungen verlangt worden seien. In zweimal je fünfstündigen Verhandlungen sei es der Lohnkommission gelungen, alle Verschlechterungs-Anträge der Arbeitgeber zu beseitigen und in bezug auf Sommerurlaub usw. Verbesserungen herbeizuführen. Der vereinbarte Vertrag soll ab 1. Januar in Kraft treten und erstmalig am 1. Oktober 1923 gekündigt werden können. Die einen Bestandteil des Vertrages bildenden, neu zu schaffenden Gruppen-Lohnverträge sollen ebenfalls ab 1. Januar gelten und von Monat zu Monat mit vierwöchentlicher Kündigung laufen. Die Versammelten stimmten nach ausgiebiger Diskussion dem Vertrage zu.

Ueber die Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage wurde berichtet, daß unsere Forderung in Höhe von 20 Prozent auf die Dezember-Tariflöhne nur zu dem Ergebnis führten, daß 10 Prozent für Verheiratete und Ledige bewilligt wurden. Diese außertarifliche Zulage gilt vom 1. bis 31. Dezember.

[illegible] Versammlung die Forderungen für die neuen Grundlohntarife für 1. Januar auf, und zwar sollen auf die De[illegible]ber-Tariflöhne und auf die sonstigen bisherigen tariflichen Vergünstigungen eine Zulage von 50 Prozent kommen. Weibliche Beschäftigte sollen 80 Prozent der männlichen Löhne erhalten. Die Alterslohnklassen sollen in allen Gruppen vermindert werden und gleich sein. Die Lohnunterschiede in den einzelnen Gruppen sollen in der Höhe wie bisher nicht wieder zum Ausdruck gelangen und anderes mehr.

Ein Antrag der Ortsverwaltung, ab 1. Januar 1922 die wöchentlichen Ortszuschläge in Beitragsklassen 1 bis 3 von 70 Pf. auf 1 Mk. zu erhöhen und in Beitragsklasse IV auf 70 Pf. zu belassen, wurde gutgeheißen.

Mit der Aufforderung, die Reihen der Berufskollegen und Berufskolleginnen innerhalb des Deutschen Transportarbeiterverbandes mehr als bisher zu schließen, damit bei einem evtl. sich nötig machenden wirtschaftlichen Kampf mit den Arbeitgebern der nötige Druck ausgeübt werden könne, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bist du Mitglied der KPD.?

Was hast du getan für die Hungernden in Sowjet-Rußland?
Hast du unsere Marken vertrieben?
Hast du unsere Karten und Broschüren verkauft?
Hast du in deinem Betrieb gesammelt?
Hast du deine Nachbarn und Bekannten um Gaben ersucht?
Hast du einen Antrag gestellt in deiner Gewerkschaft?
Hast du mitgeholfen in unseren Nähstuben und Flickwerkstätten?
Hast du ein entbehrliches Kleidungsstück? Warum gibst du es nicht?
Deine Brüder und Schwestern hungern und frieren und sterben in Rußland.
Tue deine Pflicht!

Die verdammten Schlichtungsausschüsse!

Der SPD.-Mann Steinkopf hat seinem Parteigenossen Brauns im Reichsarbeitsministerium über den Reichstag eine „Anfrage“ vorgelegt, ob der Reichsregierung bekannt sei, daß in der letzten Zeit Arbeiter und Angestellte bei Verwaltungsbetrieben des Reiches ohne jede Berücksichtigung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes grundlos auf die Straße geworfen würden. Die Folge sei, daß die angerufenen Schlichtungsausschüsse den Reichsfiskus regelmäßig zur Weiterbeschäftigung oder Zahlung namhafter Entschädigungen verurteilen. Allein in einer Sitzung des Schlichtungsausschusses seien 15 Gekündigten 67 000 Mk. zugesprochen worden. „Nach weitverbreiteter Ansicht,“ sagt dann Steinkopf weiter, „geschehen diese . . . Kündigungen lediglich zu dem Zweck, unbequeme Arbeiter und Angestellte loszuwerden.“

„Was die Reichsregierung zu tun gedenkt, den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes auch seitens der Reichsverwaltung Beachtung zu verschaffen,“ fragt Steinkopf.

Hören wir einmal, was sein Parteigenosse Brauns antwortet! „Daß entlassene Arbeitnehmer eine ihnen günstige Entscheidung bei den Schlichtungsausschüssen erzielt haben, ist der Reichsregierung bekannt; Fälle dagegen, in denen Arbeitnehmer lediglich zu dem Zweck gekündigt seien, um sich ihrer als unbequem zu entledigen, sind der Reichsregierung nicht bekannt.

Im übrigen hat jedoch nach Auffassung der in Frage kommenden Betriebsverwaltung nicht selten die Eigenschaft des Betriebes und seine Lebensinteressen (!) durch die Schlichtungsausschüsse nicht die entsprechende Würdigung erfahren, während gleichwohl diese Schiedssprüche mangels eines Rechtsmittelverfahrens hingenommen werden mußten.“

Also in einfaches Deutsch übersetzt:

Die fast durchweg reaktionären Betriebsverwaltungen, die ja für derartige Maßregelungen bei Reichsverwaltungen verantwortlich, mithin Partei sind, werden vom Arbeitsminister Brauns als Zeugen benutzt, um nachzuweisen, daß die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse ganz ungerechte Urteile sind. Und, wenn die Möglichkeit bestände, auch noch das gewiß unvollkommene Spruchverfahren der Schlichtungsausschüsse beiseite zu schieben, und anstelle dieser Schiedssprüche ein langwieriges, mit möglichst großen Kosten verknüpftes Verfahren vor Amts-, Landgericht usw. zu setzen, dann würde die Beschaffenheit unserer Richter schon dafür sorgen, daß die „Eigenart und das Lebensinteresse der in Frage kommenden Betriebsverwaltungen entsprechende Würdigung erfahren“. Aber da die Schlichtungsausschüsse so „ungerecht“ urteilen und man die Schiedssprüche gleichwohl hinnehmen muß, bezahlt man eben — mit dem Gelde der Steuerzahler. Die Hauptsache: Man ist den unbequemen Angestellten oder Arbeiter los, wenngleich in Einzelfällen 20 000 und mehr Mark Entschädigung gezahlt werden müssen. Hunderte von Fällen sind zu verzeichnen, wo man Gründe für die Entlassung von Arbeitnehmern bei Behörden an den Haaren herbeizog, so daß die Schlichtungsausschüsse einfach so urteilen mußten, wie es geschehen ist. Und die Regierung weiß nichts davon. — Und Herr Steinkopf gibt sich sicherlich mit dieser „Antwort“ seines Parteifreundes zufrieden. Und die muckenden Angestellten und Arbeiter werden von den „Tatsachenboden-Geheimräten“ weiter aufs Pflaster expediert. Und die Republik ist gerettet!

Streik der Maurer im Hüttenwerk

Die Maurer des Hüttenwerkes Trotha sind zur Erringung höherer Löhne am Sonnabend in den Ausstand getreten. Die Stundenlöhne in diesem Betriebe werden vom Metallarbeiterverband als der zuständigen Organisation vereinbart; diese betragen für die dort beschäftigten Maurer 7,70 Mk. Ab 1. Dezember ist eine Zulage von 25 Pf. für die Stunde vereinbart worden, die aber noch nicht zur Auszahlung gelangte. Die Maurer sind in diesem Betriebe hauptsächlich mit Reparaturarbeiten an Schmelzöfen beschäftigt, die eigentlich nach dem Tarif der Feuerungsmaurer bezahlt werden müßten, deren Stundenlohn weit höher ist. Die Direktion lehnt jedes Entgegenkommen ab. Die Kollegen werden ersucht, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen, sondern Solidarität zu üben.

Oeffentliche Versammlung der Hotel- und Gastwirtsangestellten

„Die Lehren des Berliner Streiks der Hotel- und Gastwirtsangestellten“, so lautete das Thema, welches am Donnerstag abend in der „Libelle“ in einer öffentlichen Nachtversammlung behandelt wurde. Kollege Schlör (Berlin) hatte es übernommen, in allgemein verständlicher Weise die Lage und die Lehren des Berliner Streiks vorzutragen. Mit ganz verschwindenden Ausnahmen wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen, besonders wurde die Haltung der linksstehenden Presse gutgeheißen. Die Aussprache ging dahin, daß man sich einstellen müsse für bevorstehende Kämpfe im Gastwirtsgewerbe. Der Referent hob in seinem Schlußwort noch besonders hervor, daß für die bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe die Einigkeit und Geschlossenheit der im Gastwirtsgewerbe Beschäftigten auf alle Fälle gewahrt werden müsse, damit der Schlag der Unternehmer in jeder Beziehung pariert werden könne. Mögen deshalb alle Hotel- und Gastwirtsangestellten „Gewehr bei Fuß“ stehen, um für alle kommenden Fälle gerüstet zu sein.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Kroh. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Der Kampf um die Schule

Von H. Erwin

Die Einheitsschule

II

Wenn wir den Ruf erheben: Weg mit der Einheitsschule! so wird mancher sagen: Das heißt doch, das Kind mit dem Bade ausschütten! Der Kern der Einheitsschule ist doch ein guter; er besteht in dem Gedanken einer Auswahl der Schüler nach ihrer Tüchtigkeit, nach ihrer Begabung. Auch der Sozialismus will doch eine Auswahl der Menschen nach ihrer Befähigung, und zwar unabhängig von den Eigentumsbedingungen.

Ganz recht! Aber es geht mit dieser Auswahl nach den Fähigkeiten wie etwa mit der Idee der Freiheit, den Ideen des Guten, Wahren, Schönen: Jedes Zeitalter, jede Gesellschaftsklasse nimmt sie für sich in Anspruch und gibt ihnen einen besonderen Inhalt. Der Kapitalist hat ebenfalls sich mit dem Gedanken der Auswahl der Arbeiter und Angestellten nach ihrer Tüchtigkeit durchaus befreundet und ist auch für die Einheitsschule, sofern sie die einheitliche Anwendung dieses Maßstabes der Tüchtigkeit im kapitalistischen Sinne bedeutet. Der Unterschied besteht hier darin: Was nennt der Kapitalist tüchtig, fähig, begabt, was der Sozialist!

Der bürgerlich Gesinnte argumentiert so. Die Vernichtung der sozialen Mittelschichten hat infolge der Konzentration des Kapitals in wenigen Händen reißende Fortschritte während des Krieges gemacht. Die Masse der Besitzlosen ist dadurch stark vermehrt worden. Infolge der Vereinheitlichung und Proletarisierung der großen Mehrheit des Volkes bereits muß das Bildungswesen auf eine neue Grundlage gestellt werden, denn die wohlhabenden Kreise, an Kopfzahl verringert, können aus sich heraus nicht das Material an Arbeitskräften, das zur Leitung der Produktion und Verwaltungsgeschäfte im Staate erforderlich ist, im bisherigen Umfange zu stellen. Man muß daher eine Methode finden, die Beschickung der höheren Lehranstalten, die infolge der Wandlung in den Eigentumsverhältnissen nachlassen dürfte, zu erleichtern und neu zu beleben, allerdings nur insoweit, bis das alte Gleichgewicht wieder hergestellt ist zwischen Produzenten und Leitern der Produktion. Keine völlige Gleichberechtigung in der Aneignung aller Bildungsmittel für Bourgeoisie und Proletariat, denn die setzt völlig gleiche Anteilnahme an den Gütern dieser Erde voraus! Es soll weiter so sein, daß jedem an Bildung zuteil wird, was man ihm an Bildung zuteil werden läßt. Freie Bahn dem Tüchtigen! Einheitsschule oder gar nationale Einheitsschule! heißt Verleihung von Bildung ohne Besitz und ohne politische Macht an eine ausgewählte Minderheit der besitzlosen Masse zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Auf die Leute von Besitz findet jener Grundsatz ohnehin keine Anwendung; sie finden auch ohne sonstige Tüchtigkeit die Bahn frei.

Man wird also eventuell die Zahl der Freistellen für Volksschüler an höheren Schulen vermehren. Man wird vielleicht mittlere Schulgattungen errichten und die Uebergänge von den niederen zu den höheren Schulen erleichtern, indem man die Angleichung der verschiedenen Lehrpläne fördert. Aber deswegen werden die Bildungsschranken, die der proletarischen Jugend den Aufstieg zur „höheren Bildung“ verrammeln, nur zum geringsten Teile beseitigt sein. Die heutige Volksschule ist nun einmal auf die Bedürfnisse des angehenden kapitalistischen Lohnarbeiters bis ins letzte zugeschnitten, wie die höheren Schulen für die Zwecke der besitzenden, herrschenden, leitenden Klassen. Beide stehen einander wie Feuer und Wasser gegenüber und werden es, bis die sozialistische Revolution mit dem Klassenstaat auch die Klassenschule Stück für Stück beseitigt. Die Fremdsprachen, die Wissenschaftlichkeit des Unterrichts sind trotz allen Geredes Privileg der höheren Schule geblieben. Volksschulbildung dagegen ist Elementarbildung, beinahe ohne jeden Versuch eines künstlerischen oder wissenschaftlichen Aufschwungs, durchseucht von Gesinnungskriecherei und Duckmäusertum. Beiden aber, der höheren wie der niederen Schule fehlt die praktische Arbeit. Warum?

Die höhere Schule steht der praktischen Arbeit aus denselben Gründen fern, wie die höheren Gesellschaftsklassen. Sie produzieren nicht selbst, sondern haben die Produktion bestenfalls nur zu leiten. Die Volksschulbildung aber umfaßt die praktische Arbeit nicht, weil die Kosten für Arbeitsräume, Materialien, Werkzeuge, für entsprechend vorgebildetes Lehrpersonal usw. nach Ansicht einer kapitalistischen Regierung ins Ungemessene wachsen würden, weil zweitens der Gesinnungsunterricht möglicherweise an Stundenzahl beknappt würde, weil ein Schüler sich eigene selbständige Begriffe von Arbeiterschutz, Ausdehnung des Arbeitstages usw. bilden könnte, die mit seinen späteren Erfahrungen als Arbeiter kollidieren möchten, weil man die Jugend am besten auf die spätere Lohnarbeit trainiert, wenn man sie durch die Schule der Kinderarbeit und -Ausbeutung neben der offiziellen Schulerziehung hindurchschleift und was der Gründe mehr sind. Den praktischen Unterricht aber direkt in die gesellschaftliche Produktion zu verlegen, wie es der Sozialismus nach Möglichkeit anstreben wird, hieße bei den heutigen Arbeitsverhältnissen die Kinder vor aller Welt in den Sumpf der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft stoßen, was heute doch nun nicht mehr angängig ist.

Man sieht, daß aus Gründen der inneren Organisation eine „Angleichung“ der höheren und niederen Schule auch unter proletarischer Herrschaft gar nicht stattfinden dürfte. Wohl fehlt beiden die praktische Arbeit; aber die künftige Entwicklung kann nie in der Richtung vor sich gehen, daß die „Volksschule“ auf die Stufe des höheren Schulwesens gehoben wird, sondern so, daß die Volksschule als Schule des arbeitenden Volkes ihre eigenen Wege geht, die ihr durch die Notlage der gesellschaftlichen Produktion resp. durch die Bedürfnisse des Klassenkampfes vorgeschrieben sind. Die Anwälte der Kapitalistenklasse denken auch gar nicht daran, die Masse des breiten Volkes zur höheren Bildung emporzuheben. Sie wissen recht gut, daß immer nur wenigen, von Glück begünstigten Proletariern dieser Aufstieg lächelt, denn die Armut folgt ihnen bis ans Ende ihres dornenreichen Weges, zum mindesten die Not von Eltern und Geschwistern, auf deren Schultern sich in der Regel der lernbeflissene Proletarierjüngling emporschwingt.

Dazu muß die „Tüchtigkeit“ im kapitalistischen Sinne den politischen Bedürfnissen des Kapitals entsprechend zunächst und vor allem Gesinnungstüchtigkeit sein. Wenn immer das herrschende Bürgertum den Aufstieg eines geringen Bruchteils von Kindern des Proletariats begünstigt, wird zuerst das politische Milieu des Elternhauses der Prüfung standhalten müssen. Der Zögling selbst ist später materiell so sehr gebunden, daß keine Befürchtung gehegt zu werden braucht, er werde vom „staats“erhaltenden Kurse wieder abirren. Dem Proletariat des Klassenkampfes sind solche gewiß oft begabten Elemente selbstredend entzogen.

Diesen arbeiterfeindlichen Tendenzen des Kapitals gegenüber hilft weiter nichts zu einer Gesundung der Bildungsverhältnisse, als daß das Proletariat den Hebel ansetzt zu einer gründlichen und grundsätzlichen Aenderung in den Eigentumsverhältnissen. Sobald die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit der Sozialisierung der Großbetriebe usw. beginnt, wird die Arbeiterklasse mit der Regelung der Produktion auch die Auswahl der Befähigten für die Zwecke der Arbeit in die Hand nehmen. Die Arbeiter- und Betriebsräte sorgen dann selbst, sagen wir durch Erziehungsräte, für die Verteilung und Umgruppierung der Arbeitskräfte je nach Vorbildung, Befähigung, Neigung ganz den Erfordernissen der sozialistischen Wirtschaftsweise gemäß. In der Arbeit selbst erweist jeder, was er kann, empfindet aber auch jeder, wohin sein Bildungsweg des weiteren geht. Jeder Betrieb, jede Werkstatt wird sich auch die Ausbildung und Heranbildung eines Nachwuchses von Arbeitskräften angelegen sein lassen, ohne aber den einzelnen, der sich noch in anderer Arbeit vervollkommnen möchte, dauernd zu fesseln. Nach diesen Gesichtspunkten wird sich eine neue Schulorganisation im engsten Anschluß an die produktive Arbeit entwickeln; letztere wird Ausgangspunkt, Grundlage und Ziel allen Unterrichts sein.

Der Grundgedanke der Einheitsschule: Auswahl der Lernenden nur nach ihrer Befähigung kann darum ebenso gut kapitalistisch wie sozialistisch angewendet werden. Alle irgendwie ausgeführten Pläne der ursprünglich demokratischen Einheitsschule zeigen jedoch unweigerlich kapitalistisches Gepräge. Es wäre aus diesen und den bereits angeführten Gründen somit verfehlt, wollte die Schule des Sozialismus an dem Namen „Einheitsschule“ festhalten, zumal sie eine viel größere Mannigfaltigkeit der Organisation aufweisen wird, als das heutige Schulwesen. Die „Einheitsschule“ kann daher niemals die Bezeichnung des sozialistischen Schulideals sein. Daher fort mit der Einheitsschule!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0003

Großer Weihnachts-Verkauf

In allen Abteilungen unseres Hauses sehr vorteilhafte Angebote!

Gardinen usw.

Querspitze	gute Qualität . . . . . Mtr.	3.95
Scheibengardinen	schöne Muster . . Mtr. 9,75	5.00
Gardinen	breite, haltbare Ware . . . . Mtr. 15,75	14.75
Künstlergardinen	3teilig, schöne Ausführungen Fenster 135,00	95.00
Etamine-Halbstores	m. bestr. Einsatz und Volant Fenster	98.00
Möbelrips	rot und grün, ca. 140 breit . . . . Mtr.	68.00
Fellvorleger	in großer Auswahl . . . Stück 85,00	58.00
Teppiche	schöne Zeichnungen, reines Gewebe, Gr. 10/4 nur	295.00
Chaiselongues	guter Stoff und Bearbeitung . . .	500.00

Strümpfe u. Handschuhe

Damen-Strümpfe	schwarz und leder . . . . Paar	9.75
Damen-Strümpfe	mit verstärkter Ferse und Spitze, Paar	14.75
Herren-Socken	grau, starke Qualität . . . . . Paar	16.75
Damen-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen . . . Paar	12.75
Herren-Handschuhe	aus extra starkem Trikot mit 1 Druckknopf . . . . . Paar	29.75
Herren-Handschuhe	Leder-Imitat . . . . Paar	32.75

Schmuck-Waren

Zigaretten-Spitzen	 5,75	2.95
Zigaretten-Etuis	 18,50	10.75
Armbänder und -Reifen	. . . Stück 14,50	10.50
Broschen und Rocknadeln	 8,75	5.75
Moderne Haar-Spangen	. . . . . 12,50 6,75	2.95
Haar-Garnituren	Spange und Pfeil . 32,00 26,50	21.50

Bilder	viereckig, schöne Ausführungen . . . 19,50 12,50	6.75
Bilder	oval und rund 21,00 14,50	11.50
Figuren	Kinder-Köpfe usw. 14,50 10,50	6.50
Schreibzeuge	Stahl 72,00 39,00	35.00
Schreibzeuge	deutscher Marmor . . 225,00 150,00	98.00
Vasen	handgemalt, schöne geschmackvolle Ausführung 39,00 25,00	12.50

Riesen-Verkauf von Toilette-Seifen

Blumentoilette-Seife	. . . . .	2.75
Moschus-Seife	. . . . .	3.00
Elfenbein-Badeseife	. . . . .	5.00
Creme-Badeseife	. . . . .	6.00
Baum-Kerzen	. . . . . Karton	5.20

Kleiderstoffe

Hauskleiderstoffe	in mehreren Farben . . . Mtr.	22.50
Blusenstoffe	schöne solide Streifen . Mtr. 29,50 24,50	21.00
Schotten	in geschmackvollen Farbenstellungen pp. Mtr. 32,00	27.00
Kleiderstoffe	Cheviot und Kreppbindung, schwarz, marine, braun und blau . . . . . Mtr.	35.00
Kleiderstoffe	schwarzweißkariert in verschiedenen Farbenstellungen, 130 cm breit . . . . Mtr.	42.50
Serge	reine Wolle . . . . . Mtr.	67.50
Popeline	reine Wolle, in mehreren Farben . . . Mtr.	75.00
Blusenseide	gestreift . . . . . Mtr.	35.00
Blusenschotten	Taffet in schönen Farbstellungen, Mtr.	53.00
Eolienne	Wolle mit Seide, 100 cm breit, in vielen Farben Mtr.	135.00
Eolienne-Georgette	ca. 100 cm breit, in vielen modernen Farben . . . . Mtr.	147.00

Auf Wunsch werden Stoffe in Geschenk-Kartons verpackt.

Hemdentuch	gute Wäsche-Qualität, 80 cm breit, 10 Mtr.-Coupon 195,00	172.00
Luisianatuch	gute Wäsche-Qualität, 10-Mtr.-Coupon	245.00
Damast-Tischtuch	. . . . .	88.00
Bettdamast	schöne Blumenmuster, Deckbettbreite 48,00 Kissenbreite . . . . . Mtr.	29.00
Gerstenkorn-Handtücher	weiß und mit roter Kante . Mtr. 12,50	9.75

Regenschirme für Damen und Herren in verschiedenen modernen Ausführungen, 98,00, 75,00 **58.00**

Damen-Konfektion

Schlüpfer	moderne, weite Form, aus kräftigem, haltbarem Stoff Mt.	185
Mäntel	aus guten, warmen Winterstoffen, mit farbiger Zierstepperei . . . . . Mt. 395 350	295
Astrachan-Mäntel	ganz auf Serge oder Kloth gefüttert Mt. 695	550
Flausch-Mäntel	reine Wolle, elegante Verarbeitung in vielen modernen Farben . . . . . Mt.	695
Velour de Laine-Mäntel	mit Laceband-Stepperei, vornehme gediegene Ausführung . . . . . Mt.	775
Tuch-Mäntel	hochelegante, vornehme Form, aus erstklassigem Stoff mit reicher Stickerei . . . . . Mt. 975	825

Herren-Artikel

Farbige Oberhemden	mit steifer Manschette, Stück	98.00
Einfarbige Oberhemden	mit passend. Kragen u. weicher Manschette . .	145.00
Weisse Oberhemden	mit gutem Rippseinsatz . .	145.00
Hosenträger,	Gummi und Lederstrippen . . . Paar	12.50
Herren-Gamaschen	. . . . . Paar 55,—	45.00
Herren-Sport-Mützen	. . . . . Stück 29,75	19.75
Herren-Winter-Mützen	mit Ohrenklappen, Stück	29.75
Herren-Filz-Hüte	in verschiedenen Farben, mit kleinen Federn . . . . . Stück	48.00
Herren-Hüte	mit breiten Rändern . . . Stück 95,00	76.00

Wäsche und Schürzen

Damen-Hemden	aus gutem Stoff mit Langette . . .	39.75
Knie-Beinkleider	mit breitem Stoff-Volant u. Langette	34.75
Damen-Nachthemden	reich mit Hohlsaum verziert .	75.00
Wiener Schürzen	aus blau-weiß gewürfelten od. gestreiften Stoffen	24.75
Blusen-Schürzen	aus gestreiftem Gingham	29.75

Schuhwaren

Damen-Halbschuhe	Derby-Schnitt . . . Paar	165.00
Damen-Halbschuhe	Lackkappe kurze fesche Form . . . . . Paar	175.00
Damen-Stiefel	breite bequeme Form . . . . Paar	165.00
Herren-Stiefel	gute Paßform . . . . . Paar	195.00
Damen-Morgenschuhe	Imit. Kamelhaar, Paar	29.75
Damen-Hausschuhe	einfarbige Stoffe, mit Lederlohle . . . . . Paar	58.00

Damentaschentücher	mit handgestickter Ecke . . . . Stück 6,75 4,75	3.25
Herrentaschentücher	weiß Linon . . Stück 8,00	6.00
Herrentaschentücher	türkisch . . . 11,75 9,75	7.75
Hemden-Passen	Ia Madapolam-Stickerei . . 16,75	13.75
Blusen u. Jacken-Kragen	a. Batist u. Ripsa 14,75	6.75
Theater-Schals	aus Kunstseide 34,00	27.00

Riesen-Verkauf von Konfitüren

Gemischte Bonbons	. . . . . ¼ Pfd.	4.10
Gefüllte Drages	für Kaufladenfüllung . ¼ Pfd.	4.10
Pflastersteine	. . . . . ¼ Pfd.	3.25
Spitzkugeln	. . . . . ¼ Pfd.	5.50
Makronen	. . . . . ¼ Pfd.	6.00

Leder-Waren

Dam.-Handtaschen	imit. Lack, braun, 45,00	40.00	Besuchstaschen	Leder, gr. Form 210,00 195,00	165.00
Handtaschen	Leder, 135,00 95,00	55.00	Geldscheintaschen	Leder, 35,00 28,00	25.00
Handtaschen	große Koffertasch., braun, m. Lederfutt. 350,00 325,00	275.00	Brieftaschen	Leder, 175,00 125,00	85.00
Moderne Lackled.-Handtaschen	325,00	275.00	Zigarren-Etuis	Leder, 150,00 125,00	75.00
Besuchstaschen	Leder, 60,00 48,00	38.00	Zigaretten-Etuis	Leder, Neuheit 75,00	50.00

Pelz-Waren

Alaska-Fuchs	moderne, grade Form . . .	775.00	Seal-Electrik-Kragen	schicke Roll-Form . .	475.00
Murmel-Kanin	mod. Schulter-Kragen . . .	350.00	Skunks-Kanin	großer, runder Kragen . . .	225.00
Skunks-Kanin-Kragen	Fuchsform	175.00	Herren-Kragen	Schalform. .	165.00
Bachfisch-Garnitur	Skunks-Kanin, Muff u. Kragen	255.00	Kinder-Garnitur	weiß Kanin, Muff u. Kragen	78.00
Astrachan-Garnitur	moderne Form, Muff u. Kragen	98.00	Kinder-Garnitur	aus Plüsch, Muff u. Kragen	39.00

Extra billiger Verkauf

von Jugendschriften und Bilderbüchern

Märchenbücher	. . . . . 13,50 7,50	5.50
Trotzkopf-Bände	Band I bis IV . . . jeder Band	8.50
Knaben-Jugendschriften	. . jeder Band 10,00	7.50
Mädchen-Jugendschriften	. jeder Band 12,75	10.00
Nestnäkchen-Bände	Band I bis III . jeder Band	12.00
Bilderbücher	bunt, in verschiedenen Ausführungen 18,50 12,00	4.50

Schreibwaren

Postkarten-Alben	6,50 2,50	1.50	Schieferkasten	4,50 2,50	95 Pf.
Poesie-Alben	. 12,50 7,50	3.75	Briefmappen	½ 5,50 2,75	75 Pf.
Notgeld-Alben	135,00 70,00	35.00	Kassetten	25,00 19,50	15.00

Schaubecks Briefmarken-Alben in grosser Auswahl

In unserem Erfrischungsraum

1 Tasse Bohnen-Kaffee	1.75	1 Stck. Torte	1,75 1.50
1 Tasse Schokolade	1.75	Verschied. Kaffeegebäck	1.25

Hervorragend billiger Verkauf

von Spielwaren

Kochherde	. . . . . 29,50 5,00	1.50
Bauernwagen	. . . . . 175,00 40,00	14.75
Kaufladen	. . . . . 275,00 72,00	17.50
Puppen	gekleidet 75,00	18.50
Eisenbahnen	mit Uhrwerk 180,00 75,00	30.00
Dampfmaschinen	. . . . . 590,— 205,00	55.00

Verlangen Sie bei Einkäufen in verschieden. Abteilungen eine Sammelkarte.

Nußbaum

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

4549

In unserer Spezial-Abteilung **Klein-Möbel im 2. Stock** hervorragend billige Angebote in **Flurgarderoben, Rauchtischen, Blumenkrippen, Ziertischen und Bücherschränken.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 12. Dezember 1921

Unterbezirkskonferenz Halle-Saalkreis

Der Unterbezirk Halle-Saalkreis hielt am 11. Dezember eine Konferenz ab, zu der die 54 Ortsgruppen mit 77 Delegierten vertreten waren. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß in den letzten 3 Monaten 147 öffentliche und 296 Mitgliederversammlungen abgehalten worden sind. In dieser Zeit ist die Mitgliederzahl um 1065 Mitglieder gestiegen, von denen auf die Stadt Halle 408, auf den Saalkreis 657 Mitglieder entfallen.

Der „Klassenkampf" hat allein für Monat Dezember über 700 neue Leser gewonnen. Täglich vergrößert sich die Zahl der Abonnenten. Der „Klassenkampf" druckt bis jetzt 3 Kopfblätter, außerdem seit 1. Dezember die „Hessische Arbeiter-Zeitung Kassel" und vom 1. Januar an die „Tribüne" für Magdeburg-Anhalt.

Nach einem Referat des Genossen Eildermann über die politische Lage und über die Aufgaben der Partei nahm die Konferenz einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Konferenz des Unterbezirks Halle-Saalkreis erblickt in den Veröffentlichungen der Dokumente im „Vorwärts" einen Angriff auf die sich bildende Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft. Der Inhalt der Dokumente, der zum größten Teil auf tendenziösen Entstellungen und Phantasien beruht, ist auf keinen Fall geeignet, die im Untersuchungsausschuß erneut festgestellte Mitschuld der Höfing, Severing usw. an der Märzaktion abzuwaschen. Die Konferenz erwartet, daß sich die Arbeiterschaft durch keine Machenschaften abhalten lassen wird, durch den Zusammenschluß von unten aus den Betrieben und Gewerkschaften eine Einheitsfront zu bilden gegen die Verelendung zum Kampfung um die Verwirklichung der Forderungen des ADGB."

Ueber Organisation und Agitation sprach hierauf in längeren Ausführungen der Genosse Johannes Schmidt. Er gab zunächst einen Ueberblick über die Organisation im Saalkreis und stellte hierbei fest, daß trotz der schwierigen Verhältnisse, trotz der schamlosen Hetze von allen Seiten die Partei gute Fortschritte mache. Diese Feststellung dürfe die Parteigenossen aber nicht beeinflussen und sie in ihrer Parteiarbeit erlahmen lassen. Daß die Partei so gute Fortschritte mache, sei ein Zeichen, daß die Kommunistische Partei in immer weiteren Kreisen Vertrauen gewinne und müßte die Parteigenossen anspornen, alles einzusetzen, um alle Kräfte, die gewillt sind, mit uns gegen eine zusammenbrechende Ordnung zu kämpfen, zu mobilisieren. Je tätiger, williger und energischer diese Arbeit angefaßt würde, um so eher kämen wir zum Ziele, um so leichter werde auch die Partei ihre großen Aufgaben erfüllen können. Die Kommunistische Partei sei nun einmal auf sich angewiesen, ihr ständen keine Mittel zur Verfügung als nur die, die die kommunistischen Arbeiter aufbringen, und darum müßte bei uns der Mangel an Geldmitteln durch mehr Eifer der Parteigenossen ausgeglichen werden. Die Schwierigkeiten, mit denen verschiedene Ortsgruppen mit noch kleinen Mitgliederbeständen zu kämpfen hätten, würden von keiner Seite verkannt, und auch das nicht, daß auf den einzelnen Parteigenossen eine größere Last von Arbeit ruhe. Aber durch Heranziehung aller Parteigenossen zur Parteiarbeit, durch geschickte Ausnutzung und Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte in allen proletarischen Organisationen könnte diese Arbeit verteilt und dadurch auch erleichtert werden. Das sei natürlich Sache der Parteigenossen selbst, die diesen Ausbau vornehmen und sich die Parteigenossen zur Arbeit heranziehen müßten. Die Zehnerschaftsorganisation biete hierzu die besten Möglichkeiten, die nicht nur geschaffen worden sei, um die Partei innerlich zu festigen, sondern um innerhalb der Arbeiterschaft die noch abseits Stehenden für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen. Da sei noch viel Neuland zu bearbeiten, das jedem Parteigenossen eine dankbare Aufgabe zuweise, wenn er die Arbeit nur richtig auffasse. Wie die Zehnerschaftsorganisation von unten aus organisiere, so müsse der Distrikt die bereits unten geleistete Organisationsarbeit aufnehmen, verbreitern und weiterführen. Wenn in diesem Sinne von unten bis oben jeder seine Pflicht tue und nicht nur rede und kritisiere, sondern handele und tätig mitarbeite, werde die Partei den Klassenkampf bis zur Befreiung durchführen können.

Hierauf setzte eine lebhafte Aussprache ein, in der von allen Rednern darauf hingewiesen wurde, daß die Genossen draußen auf dem Lande unter den schwierigsten Verhältnissen alle ihre Pflicht tun. Es werde zwar Arbeit über Arbeit von ihnen verlangt, aber sie ließen sie sich nicht verdrießen, weil der Glaube an die gute Sache und das höchste Vertrauen sie leiteten.

In seinem Schlußwort erkannte Genosse Schmidt gern an, daß sehr viel Arbeit von den einzelnen Parteigenossen verlangt werde, er betonte aber auch, daß dies notwendig sei, wenn etwas erreicht werden solle.

Bevor der Bericht über die Presse und die Produktivgenossenschaft durch Genossen Kroh gegeben wurde, fand eine Besichtigung der Räume der Produktivgenossenschaft statt.

Zum Schluß fanden die Neuwahlen der Unterbezirksleitung und die Wahl des Sekretärs statt.

Gegen 6 Uhr wurde durch den Gen. Schmidt mit einer Aufforderung, weiter für die Partei zu wirken, die Konferenz geschlossen.

Erhöhung der Beiträge bei der Ortskrankenkasse

Am Donnerstagabend fand im Restaurant „Mars-la-Tour" eine Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Bei Festsetzung des Voranschlages, der in Einnahme und Ausgabe mit 18 932 000 Mk. (i. V. 9 860 700 Mk.) abschließt, wurde bemerkt, daß die gewaltigen Mehrausgaben durch die Zeitverhältnisse bedingt seien. Die Aerzte würden ein Mehr von 600 000 Mk., die Krankenhäuser 500 000 Mk. erhalten. Das Krankengeld ist mit 5 Millionen (i. V. 2 800 000 Mk.) und die Verwaltungskosten mit 2 500 000 Mk. (i. V. 1 269 000 Mk.) im Etat eingestellt. Für die Genesungsheime Walderholungsstätte und Bodswiese werden 1 Million ausgegeben. Es wurde dann beschlossen, die Beiträge von 7 auf 8 Prozent und zugleich auch das Krankengeld von fünf auf sechs Zehntel und die Beiträge für die unständig Beschäftigten auf 5½ Prozent des Ortslohnes zu erhöhen. Diese Erhöhungen belaufen sich am 1. Januar 1922 wie folgt: Stufe I 0,96 Mk. II 1,92 Mk., III 2,88 Mk., IV 3,84 Mk., V 4,80 Mk., VI 5,76 Mk., VII 7,21 Mk., VIII 8,64 Mk., IX 10,08 Mk., X 11,52 Mk., XI 12,96 Mk., XII 14,40 Mk.

Ein Ergänzungsantrag des Vorstandes, nach Bekanntgabe des neuen Grundlohnes (der 80 Mk. betragen soll) die weitere Erhöhung der Beiträge und des Krankengeldes vorzunehmen, wurde angenommen.

Zur Unterstützung der minderbemittelten und der in Not geratenen Kranken wurden 150 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Es soll im Verwaltungsgebäude der Kasse eine Krankenküche eingerichtet werden, in der den minderbemittelten Kranken und deren Angehörigen ein kräftiges Mittagbrot und event. auch Milch verabfolgt werden. Später sollen noch weitere Mittel hierzu bewilligt werden.

Als amtliche Organe wurden bestimmt: „Klassenkampf", „Volkszeitung", „Hallsche Nachrichten", „Allgemeine Zeitung" und „Hallesche Zeitung". Ferner wurde auch beschlossen: Der Vorsitzende der Kasse erhält jährlich 3000 Mark, der stellvertretende 1500 Mark, der Schriftführer 600 Mark als besondere Entschädigung für den durch Wahrnehmung ihrer Aemter erwachsenden Zeitverlust. Ferner wird die Entschädigung an die Vorstandsmitglieder und Ausschußmitglieder, die an den Sitzungen teilnehmen, auf 9 Mark erhöht.

Ein trauriges Los!

Als ich am Sonnabendfrüh mit der Elektrischen zu meiner Arbeitsstätte fuhr, knüpfte ich, veranlaßt durch die Zeitungsnachricht über die Einstufung mehrerer Großstädte in Ortsklasse A, folgende Unterhaltung mit dem Straßenbahnschaffner an:

„Na, auch Halle ist nach Ortsklasse A gekommen; es war auch Zeit, denn hier sind die Lebensmittel teurer als in Berlin." Der Schaffner nimmt mir die Zeitung ab und liest den betreffenden Artikel; darauf bedeutet er mir bewegt: „Ja, die Beamten! Wir sind aber keine Beamten, wir sind ja nur Arbeiter. Nach dem Tarif sind wir nur nur Stundenarbeiter. Glauben Sie mir, ich stehe hier schon elf Jahre; es ist aber noch nicht soviel übrig geblieben, daß ich mir ein Hemde kaufen konnte. — Wollt, Ihr, Straßenbahner, aus Eurem Elend heraus, dann werdet Klassenkämpfer!

Parteinachrichten

Heute nachmittag 5 Uhr findet in der Produktivgenossenschaft eine Sitzung der Bezirksleitung statt.

„Ich kümmere mich nicht um Politik."

Diese Redensart ist immer noch nicht tot. Und was schlimmer ist, es handeln noch viele danach. Ihnen darf man ins Gedächtnis rufen; was Adolf Glasbrenner schon im Jahre 1847 schrieb und was heute an seiner Berechtigung nichts eingebüßt hat.

„Was ist denn Politik so schlimmes, daß die Esel und die Philister solche Furcht davor haben? Nehmt der Sache einmal ihren raffinierten Titel, nennt sie ehrlich: unsere Geschichte, unsere Welt, und alle Scheu davor wird aufhören. Tretet aus Eurer Hütte einen Schritt und Ihr seid mitten in der Politik, mitten in der Welt und ihrer Geschichte. Denn da seht Ihr Polizei, Beamte, Lehrer, da seht Ihr glänzende Karossen mit sechs stolzen Pferden vorüberjagen und da werdet Ihr um eine milde Gabe angebettelt, und da seid Ihr mitten in dem, was Welt und Geschichte heißt, und Ihr könnt keinen Atemzug tun, ohne eine Menge Politik mit herunterzuschlucken. Versteht Ihr nun, warum ich unsere Welt sagte? Weil wir die Politik nicht mehr als etwas Fremdartiges, Fernliegendes, sondern als unser nächstes, größtes, heiligstes Interesse betrachten sollen; weil wir . . . doch genug! Wer mich noch nicht verstanden hat, der reise nach irgendeiner Tyrannei und melde sich als guter Untertan. Dumm genug ist er dazu."

Arbeiter! Kauft nicht in den Geschäften, die auf eure Kundschaft verzichten, zahlt mit gleicher Münze!

* **Die Händler verschieben die Eier und schließen ihre Geschäfte.** Die Eier haben heute einen Preis erreicht, daß sie aus den Haushaltungen der arbeitenden Bevölkerung verschwinden mußten. Im Frieden kostete ein Ei im Durchschnitt 5 Pfg., heute muß man von Krämer zu Krämer laufen, wenn man ein Ei für 3,50 Mk. (das ist das 70fache des Friedenspreises!) haben will. Für die Verteuerung wissen die Erzeuger und die behördlichen Stellen dem laufenden Publikum allerlei Erklärungen zu geben. Durch den ungeheuren Wucherpreis hat sich der Konsum natürlich stark vermindert. Aber trotzdem ist kein Uebergangebot vorhanden. Wo bleiben nun die Eier? Sie werden von den Händlern in großen Mengen aufgekauft und verschoben, ob nach dem Ausland — das wissen wir nicht. Ein Arbeiter hat am 2. Dezember festgestellt, daß die Firma Landau, Talamistraße, 55 000 Stück Eier nach Düsseldorf (es wird behauptet, von Düsseldorf sei die Gelegenheit zur Verschiebung von Waren nach dem Auslande sehr günstig!) verschickt hat, während die Firma selbst ihr Geschäft wegen Mangel an Waren schließt. (!!) Die Eier sind, wie uns versichert wird, in Halle bzw. in der Umgebung aufgekauft worden. Was sagen die Behörden hierzu?

* **Mißbrauch von Dienstwaffen.** Menschenleben gelten, seit der Heinesche Schießerlaß (auf der Flucht erschießen!) besteht, den Hütern der öffentlichen Ordnung nichts. Sie werden runtergeschossen wie tollwütige Hunde. Der Schießprügel sitzt bei vielen Beamten der Sipo recht lose, und ob sie dazu berechtigt sind oder nicht, machen sie von ihm bei jeder Gelegenheit Gebrauch. So wurde am Sonnabend nachmittag auf einen Händler, der bei der Feststellung seiner Personalien in der Nähe der Moritzkirche, wo er mit goldenen (?) Uhrketten handelte, die Flucht ergriff, drei Schreckschüsse (!!) abgegeben, die den Flüchtenden aber nicht trafen. Der Händler wurde schließlich doch festgenommen. Trotzdem der Mann nicht einmal verhaftet war, also der Heinesche Schießerlaß gar keine Anwendung finden konnte, wurde von der Schießwaffe Gebrauch gemacht. Wir verlangen, daß dieser Beamte sofort aus dem Dienst entfernt wird, und daß die Beamten über den Gebrauch von Schußwaffen besser unterrichtet werden.

* **34 Millionen Rückzahlungen bei der Sparkasse.** Der Novemberausweis der städtischen Sparkasse gibt ein Bild von der Erregung der Sparer über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches. Die Rückzahlungen beliefen sich auf 34 115 522,59 Mark gegen 11 769 796,75 Mk. im Vorjahre.

* **Jugendkartell.** Vollversammlung, Dienstag abend 8 Uhr im „Volksparl". Um vollzähliges Erscheinen der Delegierten wird gebeten.

* **Weihnachtsbescherung der Kinder der Märzopfer.** Es gingen weiter ein: Von den Kollegen der Hallischen Maschinenfabrik 225,80 Mk.; von den Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises 204,00 Mk.

* **Bunter Abend.** Die vom Sekretariat Lerchenfeldstraße 14 für den vom Gewerkschafts- und Akakartell am Mittwochabend veranstalteten „Bunten Abend" ausgegebenen Karten müssen sofort abgerechnet werden. Außerdem müssen die noch nicht abgesetzten Karten heute noch zurückgegeben werden, da von anderen Stellen noch Karten verlangt werden.

* **Stadttheater.** Montag, Dienstag und Sonnabend abend nichtöffentliche Vorstellungen. Mittwoch abend wird Verdis Oper „La Traviata" wiederholt. Donnerstag abend „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara). Freitag: „Die Zeit wird kommen". Das diesjährige Weihnachtsmärchen „Dornröschen" gelangt am Donnerstag Freitag, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, zur Aufführung. Sonntag abend geht Humperdinks Märchenoper „Hänsel und Gretel" in Szene.

* **Freie Volksbühne.** (Thalia-Theater.) „Des Meeres und der Liebe Wellen". Spieltage: E: Montag, den 12., F: Mittwoch, den 14., G: Donnerstag, den 15., H: Montag, den 19., J: Mittwoch, den 21. Dezember, K: Montag, den 2. Januar.

* **Freie Volksbühne:** Der Vorstand der freien Volksbühne hat Rollands Drama: „Die Zeit wird kommen", um allen Wünschen gerecht zu werden, auch für Freitag, den 23. Dezember, zur Aufführung im Stadttheater erworben. Der Kartenverkauf (4.50, 6.00 und 7.00 Mk.) beginnt am Donnerstag, dem 15. Dezember, von 5 bis 8 Uhr abends in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14 und wird an den folgenden Tagen von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr fortgesetzt.

* **Hallesches Operettentheater.** Am Sonntag, dem 17. Dezember, abends ½8 Uhr, findet die Eröffnungsvorstellung des neuen „Halleschen Operettentheaters" unter der Direktion Willi Schur statt. Zur Aufführung gelangt die dreiaktige Operette „Mascottchen" von Georg Okonkowski, Musik von Walter Bromme. Der Vorverkauf beginnt am Mittwoch, dem 14. Dezember, von ½10 bis 1 Uhr und ab 5 Uhr nachmittags an der Theaterkasse im Neubau des Theaters.

* **Vom Schlachtfelde der Arbeit.** Am Sonnabendmittag ereignete sich bei der Firma Weise und Monsky ein schwerer Unglücksfall. Als man dabei war, eine größere Pumpe auszuprobieren, wurde plötzlich der Schlosser Peter von einem Motortriemen erfaßt und am Arm und Kopf schwer verletzt. Er mußte sofort einem Krankenhause zugeführt werden.

* **Wer hat einen kleinen Kindermantel gefunden?** Am Freitagabend ist im „Volkspark", während der Märchenfilmvorstellung „Der kleine Muck" einem kleinen Mädel ein grüner Kindermantel abhanden gekommen. Der ehrliche Finder wird gebeten (da es eine arme, alleinstehende Frau trifft), ihn in der Bezirks-Parteibuchhandlung, Lerchenfeldstr. 14, beim Genossen Grade abzugeben.

Ammendorf

Kommunistische Anfrage über die Munitionsanstalt Beesen. Die kommunistische Fraktion des Reichstages hat unter dem 8. Dezember über den Verkauf der Munitionsanstalt Beesen folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Anfrage.

Die in der Gemarkung Ammendorf im Saalkreis gelegene Munitionsanstalt Beesen ist seit dem Jahre 1919 seitens des Reiches geräumt. Die auf diesem Gelände befindlichen Gebäude und Schuppen würden sich mit nicht zu hohen Kosten zu Wohnräumen einrichten lassen. Infolge der in der Gemeinde Ammendorf herrschenden Wohnungsnot hat sich der Gemeindevorstand wiederholt an das Reichsschatzamt um käufliche Ueberlassung der Gebäude gewandt. Das Vermögensamt Halle erließ jedoch eine öffentliche Ausschreibung und so wurden von privater Seite 10 000 Mk. und später 20 000 Mk. mehr geboten als von der Gemeinde Ammendorf, die mit einem Angebot von 240 000 Mk. die Gebäude übernehmen wollte.

Nachdem in den Gebäuden ein fortwährender Verfall einsetzt, die durch die vorzunehmenden Erneuerungen entstehenden Kosten einen immer erheblicheren Umfang annehmen, und das Reichsschatzministerium sich bis heute noch nicht entschlossen hat, der Gemeinde die Gebäude zu überlassen, fragen wir an:

Ist die Reichsregierung bereit, das Reichsschatzamt zu veranlassen, die Gebäude der ehemaligen Munitionsanstalt Beesen der Gemeinde Ammendorf zur Linderung der Wohnungsnot für Wohnzwecke zu einem annehmbaren Verkaufspreise abzugeben?

Ueber die Antwort der Regierung werden wir noch berichten.

Betriebsräte und Arbeiterausschuß-Mitglieder. Donnerstag, den 15. Dezember, abends ½8 Uhr, findet im „Dreierhaus" zu Osendorf eine Konferenz der Betriebsräte statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, müssen sämtliche Betriebsräte und Arbeiterausschuß-Mitglieder erscheinen. Genossen sorgt dafür, daß jeder Betrieb des Wirtschaftsbezirks Ammendorf vertreten ist.

Lieskau

Eine Versammlung für alle Eltern, deren Kinder am Religionsunterricht und Konfirmationsunterricht nicht teilnehmen, findet am Sonntag, dem 18. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, bei Lierschk: in Dölau für die Ortschaften Lieskau, Dölau, Lettin, Schierzig und Brachwitz statt.

Wettin

Einem Mord scheint die Ehefrau Eckert zum Opfer gefallen zu sein, deren Selbstmord vor kurzem berichtet wurde. Die Sektion der jetzt geborgenen Leiche ergab, daß der Tod nicht durch Ertrinken erfolgte.

Trebitz

Wegen einer kleinen Verfehlung versuchte ein junger Mann aus dem benachbarten Zumpin aus dem Leben zu scheiden. Am ittwochabend wurden die Bewohner von Trebitz durch eine Anzahl Schüsse erschreckt, denen ein lautes Schreien folgte. Man fand den jungen Mann blutüberströmt am Boden liegen; er hatte sich mit einem Revolverschuß direkt durch die Lunge geschossen, die Kugel war am Rücken wieder herausgegangen. Er wurde in eine Hallsche Klinik gebracht. Es besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Sport

Gruppenwerbeturnen. Vor einigen Tagen fand im großen Saale des „Volksparks" das Gruppenwerbeturnen der 1. Gruppe des 6. Bezirks des Arbeiter- Turn- und Sportbundes statt. Ein schönes Bild bot der Einmarsch der mitwirkenden Vereine. Der Vorsitzende der Gruppe hielt eine kurze Ansprache, in der er die Ziele und Ziele des Arbeiter-Turn- und Sportbundes darlegte. Dann wickelte sich das Programm ab, das 18 Nummern umfaßte und Jeugnis ablegte von dem guten Können. Die nächste Gruppenwerbeturnerstunde findet Sonntag, den 18. Dezember, früh 9 Uhr, in der Turnhalle des „Volksparks" statt. Zu dieser müssen sämtliche Turnwarte, Spielwarte und Vorturner der Vereine erscheinen.

Letzte Nachricht

Das Friedensabkommen, das bis zum nächsten Kriege läuft!

Washington, 11. Dezember. Das von Senator Lodge in der gestrigen Sitzung der Konferenz verlesene Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Die Vereinigten Staaten, das britische Reich, die französische Republik und das japanische Reich haben beschlossen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffend ihre insularischen Besitzungen und ihre insularischen Dominions im Stillen Ozean ein Abkommen zu schließen. Zu diesem Zwecke haben sie Vertreter ernannt, die sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

1. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, ihre Rechte bezüglich ihrer insularischen Besitzungen und Dominions im Stillen Ozean zu achten.

Wenn zwischen einigen der hohen vertragschließenden Teile eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die sich aus irgendeiner den Stillen Ozean betreffenden Fragen ergibt, und ihre oben erwähnten Rechte berührt und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise geregelt wird und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende erfreuliche Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die anderen vertragschließenden Teile zu einer Konferenz einladen, der die Gesamtheit der Frage zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die oben erwähnten Rechte durch die aggressive Haltung einer anderen Macht bedroht werden, so werden die hohen vertragschließenden Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, zehn Jahre lang in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragschließenden Teile das Recht hat, es mit 12monatiger Kündigung zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragschließenden Teile ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0005

Aus der Provinz

An die Vorsitzenden der Ortsgruppen der KPD.

Der grüne Fragebogen für November, der mit dem 1. Dezember fällig war, ist noch nicht von allen Ortsgruppen eingeschickt. Wir erwarten, daß die Vorsitzenden sofort den Fragebogen ausfüllen und ihn einsenden. Die Bezirksleitung. Georg Schumann.

Zur Nachahmung empfohlen!

In der vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung des Konsumvereins Meuselwitz (S.-A.) wurde auf Antrag unserer Genossen gegen vier Stimmen folgendes beschlossen: Aus dem Ueberschuß sind abzuführen:

10 000 Mark an die Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland;
10 000 Mark an die Rote Hilfe,
10 000 Mark für arme Kinder von Mitgliedern.

Aus der freien demokratischen Republik

Wie Kommunisten behandelt werden!

Am 30. Juli d. J. berichteten wir in einem Artikel: „Kommunisten sind rechtlos" von der brutalen Behandlung der Genossin Schaumann in Magdeburg, die fast vier Monate in Untersuchungshaft festgehalten wurde, weil sie Beamte des Arbeitsamtes Magdeburg beleidigt haben sollte. Die Beleidigung war darin gefunden worden, daß sie in einer Versammlung den Brief einer Frau Brauer vorgelesen hatte, in dem gegen einen Beamten des Arbeitsamtes der Vorwurf erhoben worden war, daß er der Frau Brauer, die sich hilfesuchend an ihn gewandt, unsittliche Anträge gemacht habe. Der Strafantrag gegen die Genossin Schaumann war von dem rechtssozialistischen Oberbürgermeister in Magdeburg, Beims, in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter der Beamten des Arbeitsamtes gestellt worden. Wegen einer solchen Bagatellsache, auf die im Höchstfalle drei Monate Gefängnis stand, wurde unsere Genossin über dreiundeinhalb Monate in Untersuchungshaft genommen, bis es ihr endlich zu dumm wurde und sie in den Hungerstreik trat. Zur Begründung des Haftbefehls genügte, daß sie „Ausländerin" war; sie ist in Deutschland geboren und hat mit Ausnahme von vier Wochen stets in Deutschland gelebt! Am 5. August d. J., also nach einer Untersuchungshaft von fast vier Monaten, ist die Genossin Schaumann aus der Untersuchungshaft endlich entlassen worden. Am 4. August wurde Termin zur Hauptverhandlung auf den 16. August angesetzt. Zu dieser Verhandlung war diejenige Person, von der die Genossin Schaumann behauptet hatte, daß sie von einem Beamten des Arbeitsamtes Magdeburg in unsittlicher Weise behelligt sei, nämlich Frau Brauer aus Magdeburg, nicht geladen! Auch die übrigen Zeugen, die von der Angeklagten Schaumann benannt waren, um Auskunft über den Zusammenhang ihrer Aeußerungen zu geben, waren nicht geladen. Infolgedessen mußte sich das Gericht auf den Antrag des Rechtsanwalts, Genossen Hegewisch, unter heftigem Widerspruch des Vertreters der Staatsanwaltschaft entschließen, die Verhandlung zu vertagen.

Am 29. November d. J. fand die Hauptverhandlung statt, über die wir vor einigen Tagen bereits kurz berichtet haben. Darüber geht uns eine Zuschrift des Rechtsanwalts Genossen Hegewisch zu, aus der wir einige Stellen, die verdienen, festgehalten zu werden, veröffentlichen. Es heißt dort u. a.:

In der Hauptverhandlung beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft trotz des eidlichen Zeugnisses der Frau Brauer zwei Wochen Gefängnis gegen die Angeklagte Schaumann wegen Beleidigung. Nach langer Beratung verkündete der Vorsitzende des Schöffengerichts Magdeburg das Urteil dahin, daß **Malli Schaumann freizusprechen sei**, weil das Gericht auf Grund des eidlichen Zeugnisses der Frau Brauer angenommen habe, daß **Frau Brauer in der Tat auf dem Arbeitsamt in Magdeburg in unsittlicher Weise belästigt** sei. Die Urteilsverkündung, die dem Freispruch von dem vorsitzenden Amtsrichter vorausgeschickt wurde, war zunächst eine regelrechte Schimpfkanonade gegen die Angeklagte Schaumann und gegen die Arbeitslosen, deren Interessen die Genossin Schaumann in Magdeburg wahrnimmt. Diese Schimpfkanonade war so temperamentvoll, daß der Amtsrichter dabei einen Zeugen, den Genossen Damm, so heftig angriff, daß er sich veranlaßt sah, mitten in der Urteilsbegründung sich direkt an den Genossen Damm mit den Worten zu wenden: „Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Damm, widersprechen Sie nicht!" Selbstverständlich erhielt bei dieser Schimpfkanonade auch die Presse, die sich der Angeklagten Schaumann angenommen hatte, ihr gerüttetes Maß zugeteilt. Offenbar war der Herr Amtsrichter von seinen Schöffen überstimmt. Infolgedessen leistete er sich bei demjenigen Teil der Urteilsbegründung, der nicht bloß Schimpfkanonade war, sondern auch auf die Sache selbst einging, mehrfach den Zusatz, daß „die Mehrheit des Gerichts" die und die Auffassung gehabt habe. Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz ist die Beratung und Abstimmung geheim; nach dem Gerichtsverfassungsgesetz ist unzulässig, über Meinungsverschiedenheiten, die bei der Beratung des Gerichts aufgetreten sind, öffentlich einer Erklärung abzugeben. Alles dies störte den Amtsrichter in Magdeburg bei der Ausübung seiner berufsmäßigen Pflicht, die Autorität der Gerichte zu wahren, nicht im geringsten. Diese Strafsache, in welcher wegen Beleidigung die Untersuchungshaft fast vier Monate gedauert hatte, konnte natürlich „Luft" nicht gut leiden. Charakteristisch für den Geruch, in welchem die gesetzlich vorgeschriebene Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens bei diesem Amtsrichter steht, war die Bemerkung, die er kurz vor Beginn der Verhandlung dieser Strafsache gegenüber dem Justizwachtmeister machte. In dem Zuhörerraum, welcher Platz mindestens für 30 bis 40 Personen hatte, saßen 11 Zuhörer. Der Amtsrichter sagte zu dem Justizwachtmeister in barschem Tone: **„Ist denn Vorsorge getroffen, daß der Zuhörerraum nicht zu überfüllt wird; ich habe keine Lust, nachher in einer solchen Stinkluft zu sitzen."**

Das ganze Verfahren gegen Malli Schaumann, das durch den Strafantrag des mehrheitssozialistischen Senators Beims wegen Beleidigung eingeleitet war und das ihr ohne Grund vier Monate Untersuchungshaft eingebracht hat, war nur möglich, weil man es offenbar in Magdeburg für richtiger hielt, einer verhaßten und einflußreichen Kommunistin Schwierigkeiten zu bereiten, als der von Frau Schaumann sich zu eigen gemachten Behauptung der Frau Brauer, daß sie von einem Beamten des Arbeitsamtes unsittlich belästigt sei, nachzugehen. Es ist schlechterdings juristisch unerfindlich, warum man nicht zunächst die Richtigkeit dieser Beschuldigung in einem Ermittlungsverfahren gegen die Beamten des Arbeitsamtes nachgeprüft hat, bevor man ein hochnotpeinliches Verfahren gegen Malli Schaumann wegen Beleidigung einleitete. In der Hauptverhandlung vom 29. November d. J. erklärte der frühere Beamte des Arbeitsamtes in Magdeburg, der Kaufmann Karl Groß, welcher in amtlicher Eigenschaft an der in Frage kommenden Arbeitslosenversammlung teilgenommen hatte, daß Malli Schaumann im Gegensatz zu Rednern, die er sonst in Arbeitslosenversammlungen gehört habe, äußerst sachlich gesprochen habe, daß sie insbesondere die Beschuldigungen der Frau Brauer in sachlichster Weise vorgebracht habe. Die Hauptverhandlung ergab weiter, daß dieser Zeuge seinen Bericht an seine vorgesetzte Behörde eingereicht hatte, damit der schuldige Beamte, der sich gegenüber der Frau Brauer unsittlich benommen habe, ermittelt würde. Der Zeuge hatte nicht daran gedacht, daß man nichts Eiligeres zu tun hatte, als ein Strafverfahren gegen Malli Schaumann wegen Beleidigung in die Wege zu leiten. Der Zeuge konnte ja auch nicht wissen, daß die rechtssozialistischen Spitzen der Behörden in Magdeburg unter allen Umständen nach Vorwänden suchten, diese einflußreiche, sachlich denkende und sachlich sprechende Kommunistin, die bereits jahrzehntelang der alten Sozialdemokratie angehört hatte, aus Magdeburg zu entfernen. Der enge Zusammenhang zwischen dem Ausweisungsbefehl des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten Krüger und dem Strafverfahren auf Antrag des rechtssozialistischen Senators Beims ergibt sich ohne weiteres aus folgenden beiden Tatsachen: Eine Viertelstunde vor der Verhaftung der Malli Schaumann in dem Strafverfahren wurde ihr der Ausweisungsbefehl ausgehändigt! Als nach meinem unter der Ueberschrift „Kommunisten sind rechtlos" in der Presse erschienenen Bericht und nach meiner persönlichen Vorstellung im Justizministerium die Untersuchungshaft in der Strafsache wegen Beleidigung am 5. August d. J. aufgehoben wurde, blieb nichts anderes übrig, als daß nunmehr auch der rechtssozialistische Polizeipräsident in Magdeburg den Ausweisungsbefehl am 8. August aufhob, und zwar mit folgenden Worten: „Nachdem in den gegen Sie schwebenden Strafverfahren der Haftbefehl vom hiesigen Amtsgericht aufgehoben worden ist, teile ich Ihnen mit, daß im Einverständnis mit dem Herrn Regierungspräsidenten das gegen Sie eingeleitete Ausweisungsverfahren ausgesetzt ist." —

Genossin Schaumann mußte also in der Hauptverhandlung freigesprochen werden. Sie hat rund vier Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen, auf Grund eines Strafantrages des Rechtssozialisten Beims, des Magdeburger Oberbürgermeisters, und eines Haftbefehls des Rechtssozialisten Krüger, Polizeipräsident in Magdeburg. Geht daraus nicht klar hervor, daß man lediglich unsere Genossin unschädlich machen wollte? Und die Richter und Staatsanwälte zeigten sich als treue und gefällige Verbündete dieser „Sozialisten"! **Von ihnen war sicher nichts anderes zu erwarten; daß aber Rechtssozialisten so schäbig und parteiegoistisch handeln würden, hätten sich die rechtssozialistischen Arbeiter wohl kaum träumen lassen.** Auch dieser Vorgang wird dazu beitragen, daß letzteren allmählich die Augen aufgehen, welcher Sorte von Menschen sie immer noch nachlaufen. Und schließlich ist es noch bezeichnend, daß solche zum Himmel stinkenden Vorgänge in unserer freien demokratischen Republik sich ereignen können, an deren Spitze ein „Sozialist" als Reichspräsident steht.

Die neue Ortsklasseneinteilung

Nach einer amtlichen Mitteilung sind die Orte im Regierungsbezirk Merseburg wie folgt in das Ortsklassenverzeichnis eingestuft worden: Bitterfeld B, Brehna D, Gräfenhainichen C, Greppin, Holzweißig, Sandersdorf, Wolfen, Delitzsch B, Roitzsch C, Eilenburg B, Heldrungen D, Eisleben B, Halle A, Bockwitz C, Elsterwerda D, Lauchhammer C, Liebenwerda D, Mückenberg C, Hettstedt C, Klostermansfeld C, Mansfeld C, Helbra C, Merseburg und Werden B, Lützen C, Schkeuditz B, Naumburg C, Querfurt D, Nietleben B, Artern D, Sangerhausen C, Torgau C, Weißenfels B, Teuchern B, Piesteritz E, Wittenberg B, Zeitz B.

Im Regierungsbezirk Erfurt befinden sich Erfurt, Nordhausen und Suhl in Klasse B, Bleicherode, Langensalza, Mühlhausen und Sömmerda in Klasse C, die anderen Orte in Klasse D.

Im Regierungsbezirk Magdeburg ist die Einteilung u. wie folgt vorgesehen: Aschersleben B, Staßfurt B, Wernigerode C, Halberstadt B, Magdeburg A, Quedlinburg C.

Tagung des Kommunenverbandes

Am Freitag fand im Stadthause in Halle eine außerordentliche Tagung des Verbandes der Kreise und Gemeinden von Sachsen-Anhalt und Braunschweig statt, die zahlreich beschickt war. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß nun auch die großen Städte der Provinz den Anschluß an den Verband vollzogen haben. Zweck des Verbandes ist es bekanntlich, den Kommunen die Arbeit der Tarifverhandlungen abzunehmen, die von einer Tarifkommission erledigt wird. Durch diese Zentralisierung sind die Aussichten der gemeindlichen Arbeiter und Angestellten auf ein Minimum herabgedrückt. Der Verband will insofern „nivellierend" wirken, als er die in Lohn- und Gehaltsfragen voraneilenden Städte zurückhalten, und die nachbleibenden ein wenig vorwärtstreiben will. In seinem Tätigkeitsbericht behauptete der Sozialdemokrat, Landrat Bergemann, daß es gerade die früher rückständigsten Verwaltungen seien, die nach der Revolution am weitgehendsten die Forderungen der Arbeiter entgegenkämen, so daß sie oft den Boden unter den Füßen verlören und dann Schutz beim Verbande suchen müßten. So benutzte der Sozialdemokrat Bergemann eine durchaus nicht objektiv erwiesene Annahme, um den „radikalen", lies USP.- und KPD.-Stadtverwaltungen einen Seitenhieb zu versetzen. Der Bericht war überhaupt darauf eingestellt, den bürgerlichen Herren klar zu machen, wie mäßig und „vernünftig" ein Sozialdemokrat doch im Amte sein kann. Man hatte den Eindruck, daß ein Sozialdemokrat zum soundsovielten Male den „Befähigungsnachweis" für sein Amt zu erbringen versuche.

In der anschließenden Aussprache kam zum Durchbruch, daß man durchaus nicht in allem mit der Tätigkeit des Verbandes zufrieden sei. Das kam in den eingereichten und angenommenen Resolutionen zum Ausdruck, deren eine die stärkere Berücksichtigung der Kreisausschüsse bei der Besetzung des Vorstandes und der Ausschüsse verlangt, während eine andere verlangt, daß bei den Gehalts- und Lohnverhandlungen des Reiches die Vertreter der Bezirksarbeitgeberverbände zugezogen werden. Ein weiterer Antrag verlangte schleunigste Bereitstellung von Mitteln durch das Reich, um Deckung für die steigenden Löhne und Gehälter zu haben. Nach angenommener Satzungsänderung erfolgte auch eine Namensänderung des Verbandes, der nunmehr heißt:

Mitteldeutscher Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden.

Dabei entstand eine Opposition, hauptsächlich der Kreise und Gemeinden, weil diese durch das Vordringen der Großstädte im Verbande eine Benachteiligung fürchten.

Bei dem Bericht des Prüfungsausschusses wurde Protest dagegen erhoben, **daß für den ersten Vorsitzenden, Landrat Bergemann, ein**

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. **Fernsprecher:** 1473. **Postscheckkonto Leipzig** 22443. **Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär.** **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ammendorf. Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Broyhanschenke": **Mitgliederversammlung.** Unsere Genossen sind besonders dazu eingeladen.

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Montag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle": **Große öffentliche Versammlung.** Tagesordnung: Die Märzaktion und die Enthüllung des Vorwärts. Ref.: Reichstagsabgeordneter Wilh. Koenen.

Unterbezirk Wittenberg.

Wittenberg. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Freudenberg (Kurfürstenstraße): **Funktionärsitzung.**

Bunter Abend

am Mittwoch, dem 14. Dezember, abends 8 Uhr im großen Saal des **„Volksparks,"** Burgstraße 27 (veranstaltet vom Gewerkschaftskartell und Afa-Kartell Halle a. S.).

Ausgeführt von Mitgliedern des Stadttheaters.

Konzert, Gesang, humoristische Vorträge, Tänze.

Eintrittskarten à 4.— Mk. sind im Arbeitersekretariat, Harz 42/44 und in den Verkaufsstellen des Allg. Konsumvereins zu haben. 4554

Billigste Bezugsquelle für **Kaffeemühlen, Wirtschaftswagen, Brotdosen, Reibemaschinen.**

Schönbach Schmeerstr. 1 1425

Winter- und Sommer-Paletot, getragen, **2 Hosen,** neu, für kleine Figur, 4547 **zu verkaufen** Dreyhauptstraße 7, I, rechts.

Stadt-Theater.

Weihnachtsmärchen-Vorstellung:

Dornröschen.

Erstaufführung: 4555

Donnerstag, den 15. Dezember 1921, nachmittags 3½ Uhr.

Stadt-Theater.

Dienstag, d. 13 Dezbr. 1921: **Nichtöffentl. Vorstellung.**

4556 Mittwoch:

La Traviata.

Alle Parteischriften Volksbuchhandlung.

Massen-eingänge von Waren

aller Art bieten Gelegenheit im

Weihnachts-Verkauf

enorm billig einzukaufen, da diese Waren größtenteils aus alten Bestellungen erst jetzt geliefert worden sind.

Dieser Verkauf beginnt Dienstag früh.

Einzelne Bezüge 190,— 175,— 165,— **150—**

Bunte Bettbezüge 350,— 300,— 290,— 275,— **250—**

Weiße Bettbezüge 450,— 390,— 345,— 280,— **250—**

Bettlaken 125,— 110,— 90,— 84,— **75—**

Damen-Hemden 68,— 62,— 56,— 45,— **39—**

Damen-Beinkleider 59,— 56,— 49,50 39,— **32—**

Prinzeß-Röcke 125,— 110,— 95,— 78,— **65—**

Untertaillen 21,— 18,— 15,— 12,50 **9⁵⁰**

Herren-Hemden 78,— 65,— 56,— 45,— **39—**

Gummi-Hosenträger 24,— 21,— 18,— 15,— 12,50 **10—**

Taschentücher 9,50 9,00 6,50 4,50 **3—**

Herr.- u. Damenstrümpfe 18,— 15,— 12,50 9,50 **6⁵⁰**

Die Ausgabe der Weihnachts-Geschenke auf die im Laufe des Jahres ausgegebenen Gutscheine **hat Sonntag, den 11. Dezember 1921 begonnen.**

Gr. Posten **Schlafdecken** 95— 90— 75— 65— 56— 42—

Gr. Posten **Handtücher** 24— 18— 15— 12⁵⁰ 12— 9—

Gelegenheitskaufhaus Schmeerstr. 5, 1 Treppe.

4548

Kleinere u. größere Mengen in **Mehl, Schrot, Kleie und Hülsenfrüchten** verkauft zu billigen Preisen **Bleimeister,** Jakobstraße 15. 4546

Ansichts-Postkarten Volksbuchhandlung.

Bekanntmachung.

Die behördlichen Bescheinigungen über die gewerbliche Weiterveräußerung der im § 21 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 im einzelnen aufgeführten Luxusgegenstände verlieren mit dem 31. Dezember 1921 ihre Giltigkeit. Anträge wegen Ausfertigung einer entsprechenden Bescheinigung für das Kalenderjahr 1922 sind umgehend zu stellen.

Halle, den 7. Dezember 1921

Der Magistrat. Umsatzsteueramt.

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-**Läuse** sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe b. Mensch. u. Tier. „Riosolda", g. gesch. Mitt. Wand. unschädl. Verk. nur: Schurig, Steinweg 10. Postr. Preis: 5 und 7,50 Mk. 1391

1 große Puppenstube, 2 große Puppen zu verkaufen. 4550 **Fr. Schulze,** Weingärten 41.

Kalender 1922

Speemanns Literaturkalender Porto 80 Pf. Preis 10,— M.

Neue Weltkalender Porto 60 Pf. Preis 3,— M.

Abreißkalender Porto 80 Pf. Pr. 2,50, 6,50 M.

Abreiß-Wochenkalender Porto 60 Pf. Preis 5,— M.

Kalenderblocks, einz. Preis à 2,—, 3,50 u. 4,50 M. empfiehlt die

Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/44

Gehalt von 72 000 Mk. bewilligt worden ist, obwohl Bergemaan als Landrat nur 30 000 Mk. bezieht. Man sieht also, wie die Herren Sozialdemokraten in erster Linie dafür sorgen, ein respektables Gehalt für sich herauszuschlagen.

An solchen Beschlüssen ist zu ersehen, daß im Verbande die Interessen der Arbeiterschaft in den Gemeinden nicht so vertreten werden, wie es ihrer Stimmenzahl entspräche. Die einzelnen Gemeindeverwaltungen werden in Zukunft dafür zu sorgen haben, daß sie in dieser Beziehung künftig besser vertreten sind. Auch aus dem Auseinanderlaufen der Delegierten vor Erledigung der Tagesordnung ging das mangelhafte Interesse für die Sache der von ihnen vertretenen Gemeinden hervor.

Lohnbewegung der Landarbeiter

Nach Pressemeldungen ist in den am 9. Dezember in Halle stattgefundenen Lohnverhandlungen folgendes Ergebnis erzielt worden:

Die Löhne einschließlich der Gesindelöhne werden in den Kreisen (Zone 1—5) Dessau, Zerbst, Köthen, Bernburg, in Ballenstedt mit Ausnahme von Wehlau und Harzgerode, Saalkreis, Stadtkreis Halle, Bitterfeld, Delitzsch, Mansfelder Seekreis, Eisleben, Mansfelder Gebirgskreis, Querfurt, Merseburg einschließlich Stadtkreis Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Naumburg, Kamburg, Sangerhausen und Eckartsberga (Zone 1) um 25 Prozent, d. h. um ein Viertel, erhöht.

Die Löhne in den Kreisen (Zone 6) Torgau, Liebenwerda, Wittenberg, Schweinitz, Eckartsberga (Zone 2, die Finne), Anhalt II (Zone 2, Wehlau und Harzgerode) werden um 20 Prozent das heißt ein Fünftel, erhöht.

Die Lohnerhöhung tritt ab 28. November in Kraft.

Die Landarbeiterschaft wird von dem Ergebnis der Verhandlungen jedenfalls äußerst „befriedigt" sein. Das Fettleben kann nun beginnen. Ist nicht eingetroffen, was wir vor einigen Tagen erst vorausgesagt haben? 60—80 Prozent Steigerung der Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel und 20 oder 25 Prozent Lohnerhöhung. Es geht unaufhaltsam — rückwärts!

Schkeuditz

Bauarbeiterversammlung. Wir machen darauf aufmerksam, daß Mittwoch, den 14. Dezember, eine Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes im „Stadtgarten" stattfindet. Tagesordnung: 1. Lohnbewegung, 2. Verschiedenes. Da Stellung genommen werden muß zu der am 15. Dezember in Kraft tretenden Lohnerhöhung, müssen sämtliche Mitglieder erscheinen.

Zschornewitz

Oeffentliche Jugendversammlung. Die Kommunistische Jugend Zschornewitz hatte für den 29. Dezember nach dem Kolonie-Gasthof eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Not der Jugend und Stellungnahme der KJ. zur neuen Fortbildungsschule" einberufen. Jugendgenosse Nette (Halle) schilderte mit kurzen Worten die Entstehung des modernen Proletariats und führte ferner die große Verelendung und Ausbeutung der Jugend durch die Kapitalistenklasse allen vor Augen. In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten voll und ganz unterstrichen und die Versammlung beauftragte die Versammlungsleitung, die Forderungen der Kommunistischen Jugend inbezug auf die neugegründete Fortbildungsschule den zustehenden Körperschaften zu unterbreiten und für deren Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Sorge zu tragen. Die schriftlich eingeladene Lehrerschaft zeigte, daß sie doch Furcht vor der Kommunistischen Jugend hat; sie glänzte durch Abwesenheit.

Eilenburg

Wieder in Freiheit! Der wegen der Märzunruhen inhaftiert gewesene Genosse Kaufmann, ist als erster am 9. Dezember nach Verbüßung seiner sechsmonatigen Strafe heute wieder zurückgekehrt, ungebrochen an Geist und Körper. Er wird auch künftig weiterarbeiten im Dienst des Kommunismus.

Proletarierlos. In der hiesigen Deutschen Zelluloidfabrik ereignete sich am Donnerstag ein schwerer Unglücksfall durch Explosion einer Presse, der eine Frau, deren Mann vor einem Jahre im Elektrischen Werk ebenfalls tödlich verunglückt ist, zum Opfer fiel. Sie ist, nachdem sie ein ganzes Jahr arbeitslos stempeln ging, seit einer Woche erst im Betrieb. Die Bedauernswerte hinterläßt zwei Kinder. Mehrere Personen wurden noch leicht verletzt. Die Eilenburger „Neuesten Nachrichten", die sonst sensationslustig alles bringen, hüllen sich bis heute in Schweigen. Wem die Schuld trifft, wird die Zukunft bringen.

Ein glänzender Reinfall war die von der SPD. am 7. Dezember einberufene öffentliche Versammlung, in der gleich zwei Referenten sprechen sollten: Kämpfe über die „Enthüllungen" des „Vorwärts", Leppin über die Erfassung der Sachwerte. Kämpfe kam erst nach langatmigen Ausführungen über die Valutaverhältnisse auf das eigentliche Thema zu sprechen, und zwar erst, als er durch Zurufe darauf aufmerksam gemacht worden war. Seine Ausführungen bedeuteten eine Verhöhnung der Inhaftierten und wirkten derart provokatorisch, daß er beinahe von einem Arbeiter von seinem Piedestal heruntergeholt worden wäre. In der hierauf erzwungenen Aussprache schüttelte ihn der Gewerkschaftssekretär, Genosse Michaelis, voll und ganz aus den Lumpen. Nachdem der Referent gehörig abgeputzt worden war, verließen etwa 80 Arbeiter unter Absingung der Internationale geschlossen den Saal und ließen die Redner mit ganzen zehn Männekens unter sich allein. Das war die ganze Stärke der SPD. Damit waren den Herrschaften die Felle weggeschwommen. Den Eilenburger Arbeitern sind mit dieser Versammlung vollends die Augen aufgegangen, daß für sie die stinnesierte SPD. nicht in Frage kommt. In Eilenburg marschiert die KPD.

Staßfurt

Eine schwere Gasexplosion ereignete sich dieser Tage in Pr.-Börnecke im Hause eines Bergmanns. Da die Wohnung seit einigen Tagen ohne Licht war, stellten Beamte des Gaswerkes eine Untersuchung an. Da die Beamten annahmen, daß der Fehler in der Gasuhr liege, nahmen sie die Gasuhr ab und drehten den Gashahn zu. Als nun am Abend die Frau des Bergmanns mit einem Licht das Zimmer betrat, schlug ihr eine große Stichflamme entgegen. Das im Zimmer angesammelte Gas explodierte, riß die Stubendecke nach oben und hob das Dach ab. Die Frau wurde gegen die Wand geschleudert und trug schwere Brandwunden davon. Eine Untersuchung über den Vorfall ist eingeleitet.

Licht-Spiele
Gr. Ulrichstr. 51. Telephon 4681.

Ab morgen — **Erstaufführung!** — **Dienstag**

Der gewaltige **Richard-Eichberg**-Monumental-Film

Lee Parry, der Liebling der C.-T.-Besucher,

in

Die Ehe der Hedda Olsen

oder: **Die brennende Akrobatin.**

7 Akte

Ein gewaltiges, ebenso wirkungsvolles als auch erschütterndes Lebensbild und Sittendrama aus hoher Gesellschaft und Künstlerkreisen.

Unvergleichlich spielt die Titelheldin Lee Parry die Rolle der Hedda Olsen als Vielgeliebte.

In lebenswahren Bildern wird in diesem Film das Schicksal einer Künstlerin geschildert, welche aus Liebe zu ihrem Bruder einen Mann heiratet, den sie aber nicht mag, **folgedessen Furchtbares in ihrer Ehe erleben muß,** bis sie endlich durch den Tod ihres Gatten (Mord) erlöst und den Mann wiederfindet, den sie wirklich liebt . . . .

4553

Die Namen der Darsteller bürgen für erstklassiges Spiel und Handlung.
Lee Parry, Felix Hecht, Symar Delmar, Max Wogritsch, Helene Voß, Aruth Wartan.

Ferner: **Teddy und die Gummischuhe.**
Eine humorvolle Groteske in 2 Akten mit Thea Steinbrecher.

Einlaß 3½, Anfang 4 Uhr.

Walhalla
Lichtspiel-Theater

Heute, Montag, letzter Tag:

Caro Aß, 4. Teil
„Im Tale des Schreckens"
Ferner der sensationelle Dedektivfilm:
„Die rote Nacht."

Dienstag bis Donnerstag, 13—15. Dezbr.:
Das große Extra-Programm:
Weib und Welt
Fortsetzung des Films: **„Ein Weib der Wüste."**
Gewaltiges Drama in 6 Akten.
In der Hauptrolle: **Lucie Doraine.**
Vorführung 4.00, 6.40, 9.15 Uhr.
Dazu:
Der Thronfolger.
Wahrheitsgetreue Aufzeichnungen eines Kammerdieners.
Ein Vorspiel und 4 Akte.
Vorführung 5.20, 8.00 Uhr. 4552

Werbt für den Klassenkampf

Glühlampen,
Taschenbatterien,
Kochtöpfe, Kochplatten,
Bügeleisen, Fußwärmer
Heizöfen, Tischlampen,
Elektromotore usw.
1424 **Jug. C. Praſt,**
Halle a. S., Riemeyerstr. 24.
Telephon 5280.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Lerchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen kräftigen
Mittag- und Abendtisch.
Das Glas Bier 2,00.

U.T 4558

Leipziger Str. 88

Hafenlore
1. Teil
Sittenbild aus St. Pauli
in 6 Akten mit
Maria Zelenka
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a

Im Rausche der Macht
1. Teil
Phantastisches Schauspiel
in 5 Akten mit
Gunnar Tolnaes
Beginn 4 Uhr.

Die „Kommunistischen Kindergruppen"
decken ihren Bücherbedarf für ihre
Weihnachtsveranstaltungen (Bücherverlosungen)
bei der
Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Verkauf nur an Wiederverkäufer!
Barchenthemden
für Herren, Damen, Burschen und Kinder.
Einsatzhemden, Normalhemden und -Hosen
Schürzen, Socken, Schlafdecken
Bettwäsche u. s. w. 1442
Abramowitz & Co., Wäschefabrik
Textilwaren engros :: Gr. Ulrichstr. 121

Ein gutes Buch ist d. beste Weinachtsgeschenk
Die Bezirks-Zentralbuchhandlung und die Volksbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14,
hat einen großen Bestand ausgezeichneter Bücher.

Am Sonnabend, dem 10. Dezember, abds. ½10 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager mein lieber Sohn, Bruder, Bräutigam und Onkel

Willi Heyer,

im 25. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Geschwister Heyer.
Halle a. d. S., Thüringer Straße 22.

Von Beileidsbesuchen bitten Abstand zu nehmen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Dezbr., vorm. 10 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt 4551

Hallenser, trinkt Euer Freyberg-Bier!
1377

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0007

Leben • Wissen • Kunst

Warum?

Ein Märchen für große und kleine Kinder
von Hermynia Zur Mühlen

(Schluß.)

„Wer ist die Marie?"
„Die Magd."
„Was tut die Marie?"
„Sie arbeitet den ganzen Tag. Steht schon um fünf Uhr auf, geht als Letzte schlafen."
„Dann verdient sie wohl viel Geld, hat prächtige Kleider, ein gutes Essen?"
„Ach nein, sie ist bettelarm, flickt ihre Kleider immer wieder, ißt, was die anderen übrig lassen."
„Hm. Ja, weshalb arbeitet sie denn so hart, wenn Sie gar nichts davon hat?"
Der kleine Paul dachte nach; meinte schließlich: „Ich weiß nicht."
„Ich aber weiß es: weil sie dumm ist. Auch die Marie weiß, daß es vornehme Damen gibt, die keinen Finger rühren, prächtige Kleider tragen, köstliche Speisen essen, ein herrliches Leben führen. Hat sich die Marie nie gefragt: wie kommt es, daß ich, die ich den ganzen Tag schufte, nichts besitze, und jene, die nichts tun, alles haben?"
„Ich glaube nicht."
„Dann ist deine kluge Marie dumm, sehr dumm. Wen hältst du noch für klug, du kleines Schaf?"
„Den alten Jakob."
„Wer ist der alte Jakob?"
„Er ist ein alter Taglöhner, zählt schon achtzig Jahre. Er hat bis zu seinem siebzigsten Jahr gearbeitet. Nun kann er nichts mehr tun, hat vom Rheuma ganz verkrüppelte Hände und Füße."
„Sechzig Jahre für andere geschafft! Ein schönes Stück Zeit. Da wird wohl der alte Jakob wie ein Fürst behandelt, alle wetteifern darum, ihm zu dienen? Er hat ein wundervolles weiches Bett für seine müden alten Glieder, bekommt täglich auserlesene Speisen, lebt herrlich und in Freuden?"
„Ach nein, die dicke Diakonissin schilt immer mit ihm, wenn er klagt, das Brot sei zu hart für seine alten Zähne. Und wenn er um ein bißchen Tabak bittet, so wird sie böse und schreit, er sei unbescheiden."
„Wozu hat denn der alte Jakob bis zu seinem siebzigsten Jahr gearbeitet, wenn er nun nicht einmal im Alter ein gutes Leben hat?"
„Ich weiß nicht."
„Weil er dumm ist. Auch er weiß, genau wie die Marie, daß es feine junge Herrchen gibt, die überhaupt nichts tun und trotzdem wie Könige leben. Siehst du nun ein, kleiner Grünschnabel, daß die Menschen dumm sind?"
„Ja," entgegnete Paul betrübt. „Aber nun möchte auch ich dich etwas fragen, liebe Frau Eule: warum gibt es reiche Leute auf der Welt?"
„Diese Frage müßtest du dir eigentlich nach unserem Gespräch selbst beantworten können, kleiner Dummkopf: weil die armen Leute dumm sind."
„Aber warum sind sie dumm?"
Nun jedoch wurde die Eule zornig, wie es die dicke Diakonissin und die buntgesprenkelte Henne geworden waren.
„Sagte ich dir denn nicht, Grünschnabel, dummer kleiner Mensch, daß ich seit Jahren und Jahren über diese Frage nachdenke? Komme in achtzig Jahren wieder, vielleicht kann ich dir dann eine Antwort geben."
„Aber warum ...:"
„Schweig!" herrschte die Eule den kleinen Paul an. „Du hast mir schon genug kostbare Zeit gestohlen. Geh zum Kuckuck!"
„Wo wohnt der?" fragte erschrocken der kleine Knabe.
Aber die Eule hatte sich schon wieder die Brille zurechtgerückt, sich von neuem in das grüne Blatt vertieft und gab keine Antwort.
„Ach, ich armer Tropf!" dachte betrübt der kleine Paul. „Nun soll ich wieder zum Kuckuck gehen und weiß doch gar nicht, wo er wohnt. Wird denn der Kuckuck mehr wissen, als die Eule? Und ich bin schon so müde, die Füße schmerzen mich."
Er sank auf das weiche grüne Moos zu Füßen einer schlanken jungen Birke. Allmählich wurde ihm recht traurig zumute. Er dachte daran, wie er so ganz verlassen und allein sei, wie niemand gut zu ihm sei und plötzlich begann er bitterlich zu weinen. Da vernahm er jählings aus der Höhe eine feine kleine Stimme, es klang wie lauter silbrige Glöcklein.
„Weshalb weinst du, kleiner Junge?" fragte die silbrige Stimme.
Paul blickte empor, und nun sah er das wundersamste kleinste Geschöpf, das er je in seinem Leben erblickt hatte. Auf einem Ast der Birke saß eine winzige Frau. Sie hatte langes goldgelbes Haar, das ihr bis zu den kleinen Füßen reichte, ihr Gesichtchen war blaß und fein wie der Mondenschein und ihre großen Augen leuchteten grün, wie die Blätter der Birke. Sie schwebte leicht wie eine Flaumfeder zu Paul herab, stellte sich auf seine Schultern — es war, als ob ein leichtes Blatt ihn berühre — und streichelte mit den winzigen weißen Händen sein Gesicht. Paul wurde ganz warm ums Herz. Wie wohl es tat, von zärtlichen Händen gestreichelt zu werden! Seine Tränen versiegten, er staunte das kleine Geschöpf an, fragte schließlich: „Wer bist du?"
„Ich bin eine Dryade, bin die Seele des Birkenbaumes," erklärte das kleine Geschöpf. „Denn ganzen Tag über muß ich in meinem Baum sitzen, kommt aber die Nacht, so bin ich frei, steige auf die Erde hinab, spiele hier mit meinen Schwestern, den anderen Dryaden. Nun erzähle mir aber, weshalb du so traurig bist."
Paul klagte der Dryade sein Leid, meinte zum Schluß: „Ich muß immer fragen: warum. Die Frage brennt mich im Herzen, tut mir weh, und ich glaube, erhielte ich einmal eine Antwort, dann würde ich froh werden. Jetzt aber steht sie wie eine große Mauer zwischen mir und allen Menschen, die nie fragen, und dies macht mich so einsam."
Die kleine Dryade lächelte und ihr schönes Gesichtchen wurde noch lieber und zärtlicher, als zuvor.
„Du irrst, kleiner Paul," sagte sie sanft. „Du bist nicht einsam. Hunderte und Tausende stellen traurig und verzweifelt die gleichen Fragen. Lege dein Ohr an die Erde und sage mir, was du hörst."
Paul gehorchte. Zuerst vernahm er bloß ein unklares Säuseln und Raunen, dann deuchte ihn, er höre ein gewaltiges Weinen und Klagen und endlich unterschied er auch Worte:
„Mutter, ich bin hungrig, warum gibt es nichts zu essen," jammerte eine Kinderstimme.
„Ich erstickе in dieser heißen Stadt, warum kann ich nicht aufs Land, wie meine reichen Schulkameraden?" murrte eine Knabenstimme.
„Ich schufte den ganzen Tag, warum ist der Lohn so niedrig, das ich kaum zu leben vermag?" schluchzte eine Frauenstimme.
„Warum haben die Müßiggänger alles und die Arbeiter nichts?" drohte eine Männerstimme.
Und nun klangen alle Stimmen zusammen, jammerten, murrten, klagten, drohten: „Warum? Warum?"
Paul erhob sich aus seiner liegenden Stellung, blickte nach der kleinen Dryade, die ganz still neben ihm saß, fragte: „Wer sind diese Menschen, die ich gehört habe?"
„Das sind die Deinen," erwiderte die kleine Dryade. „Das ist deine Familie. Du hast alle Sprachen der Welt reden gehört und dennoch die Worte verstanden. Wenn du größer sein und in die Welt hinausziehen wirst, dann wirst du deine Fragen aus allen Mündern hören, zornig, betrübt, angstvoll. Jeden Tag fallen neue Stimmen in den Chor ein, und wenn aus den Tausenden von Stimmen Millionen und Abermillionen geworden sind, dann wird die Antwort auf die Frage gefunden werden und dann wird es auch vorüber sein mit dem Elend und der Not der einen und dem faulen Schmarotzerleben der anderen."
„Wann wird dies sein?" fragte Paul eifrig.
„Das kann ich dir nicht genau sagen, weiß bloß eines: Jedesmal, wenn ich das Ohr an die Erde lege, sind wieder neue Stimmen hinzugekommen, daher weiß ich, daß der große Tag nicht mehr fern ist."
„Und kann nichts getan werden, damit der Tag schneller kommt?"
„Doch. Es gibt viele, viele Menschen, die noch gar nicht wissen, wie gut es den anderen und wie schlecht es ihnen geht, die arbeiten, wie Tiere und niemals fragen, warum ihnen ihre ehrliche Arbeit nur einen Hungerlohn einbringt. Diesen armen blinden Menschen muß die Wahrheit gezeigt werden und dies ist gar nicht leicht, denn die Armen sind von der Tagesarbeit so müde, daß sie kaum denken können, und die Reichen tun alles, damit die Fragen in den Köpfen der Arbeitenden nicht aufwachen. Deshalb bekämpfen sie jeden, der „warum?" fragt. Das hast du doch schon am eigenen Leib verspürt, kleiner Paul?"
„Ich soll also dennoch immer weiter fragen?"
„Ja, Paulchen, aber nicht die Reichen; die geben dir keine Antwort, denn da müßten sie ja sagen: die Welt ist so schlecht für die Armen, weil wir, die Reichen, habgierig, selbstsüchtig, niederträchtig sind, und das sagt kein Mensch gerne von sich selbst. Aber geh zu den Armen, frage sie: warum esset ihr trockenes Brot, da ihr doch ehrlich arbeitet, der reiche Faulenzer aber ißt Kuchen? Warum sind eure Kinder blaß, mager und krank, die der Reichen aber rosig, rund und gesund? Warum ist für euch das Ende eines langen arbeitsamen Lebens das Armenhaus, während der greise Müßiggänger im Alter gut versorgt, üppig von seinem Nichtstun ausrastet? Dies frage die Armen so oft und so lange immer wieder, bis endlich auch in ihrem Kopf die Frage aufsprоßt, die wie ein Hammer auf das Gebäude der Ungerechtigkeit niederfällt und es zertrümmert. Willst du dies tun, kleiner Paul?"
„Ja," erwiderte der Knabe mit leuchtenden Augen.
Die kleine Dryade küßte ihn auf die Stirn und sprach ernst: „Du wirst es schwer haben im Leben, kleiner Paul. Die Reichen, die um ihren Raub bangen, werden Gewalt anwenden wider dich. Sie werden die Frage auf deinen Lippen erdrosseln wollen, werden dich, bist du erst groß, in den Kerker werfen, damit niemand deine Stimme zu hören vermag. Du aber darfst nie den Mut verlieren, denn nicht vergeblich ist mit dir zusammen die Frage geboren worden, du bist vorherbestimmt, sie auszusprechen für viele Tausende, die heute noch stumm sind. Du wirst auch Kameraden finden, Freunde, wirst nicht verlassen sein."
Die kleine Dryade nickte dem Knaben lächelnd zu, schwebte leise aufwärts und ließ sich auf einem Birkenast nieder.
„Gehst du schon fort?" fragte der kleine Paul betrübt.
„Du mußt heimgehen, Paulchen. Aber du darfst immer wieder kommen, und ich will dich trösten und dir helfen."
„Warte noch," bat Paul. „Die Eule sprach von achtzig Jahren, erst nach achtzig Jahren würde sie mir Antwort geben können. Achtzig Jahre sind eine lange Zeit. Hat die Eule recht?"
„Das hängt von euch Menschen ab," erwiderte die silberhelle Stimme der kleinen Dryade. „Vielleicht braucht ihr noch achtzig Jahre, um klug zu werden, vielleicht, wenn ihr, du und deine Kameraden, nicht zu fragen aufhört, nur fünfzig. Der große Tag der Freiheit und des Glücks kann auch schon in zwanzig, in zehn Jahren kommen. Ja, vielleicht schon morgen."
Die kleine Dryade verschwand im Inneren des Baumes, doch riefen nun aus allen Bäumen helle, frohe Stimmen dem kleinen Paul zu:
„Morgen! Morgen! Morgen!"

Die Degeneration des Körpers im kapitalistischen Zeitalter

Was nur die Blindheit übersehen kann, das ist die mörderische Vernichtung der noch vorhandenen körperlichen Schönheit im Volke durch die verheerende Tätigkeit der übermäßigen und einseitigen Arbeit im Dienste der kapitalistisch ausgebeuteten Maschine. Und hier handelt es sich nicht mehr bloß um Zehn- und Hunderttausende, sondern um ebenso viele Menschen, um die große Masse der Völker. Der italienische Soziologe Achilles Loria hat dieser furchtbaren Tragödie eine besondere Studie gewidmet, denn in Italien kann man die Wirkung der Industrie heute noch am besten konstatieren, weil hier der Siegeszug der Maschine erst spät einsetzte und diese darum vielfach noch mit einer bis dahin ganz urwüchsigen Bevölkerung in Berührung kommt. Loria schreibt: „Während der Handwerker von einst sich durch männliche Schönheit auszeichnete, ist der Arbeiter unserer Tage gewöhnlich ein häßlicher, verkümmerter oder jedenfalls nicht schön gestalteter Mensch. Die Schuld an dieser Degeneration des Körpers trägt unsere fieberhaft wachsende Industrie, die dem modernen Menschen, ganz gleich, ob es ein Kind oder ein Erwachsener ist, unablässig eine freudlose, einförmige, seelenlose Arbeit auferlegt. Der Industriearbeiter zeigt deshalb auch unebenmäßige Züge, die man zum Beispiel bei dem Landmann nicht findet, weil dieser einer abwechslungsreicheren und daher auch nicht so entstellenden Arbeit ergeben ist. Ein für das Schöne begeisterter Weltreisender, der in den verschiedensten Ländern der Erde die wahre Frauenschönheit gesucht hatte, erzählte mir, daß er die vollkommene Schönheit nur in Scanno, einem fern von der Eisenbahn und vom Weltverkehr gelegenen, primitiven, sozusagen noch jungfräulichen Abruzzenörtchen gefunden habe; hier leuchteten seinen entzückten Augen auf Schritt und Tritt bezaubernde griechische Profile mit tiefschwarzen Augen entgegen. Aber wie lange noch, und die Schönheiten von Scanno werden sich auch in triviale Alltagsgesichter gewandelt haben!

Man wird auch in dem weltverlorenen Abruzzenflecken die alles zernagende und nivellierende Industrie kennen lernen, und dann wird es rasch vorbei sein mit den klassischen griechischen Profilen. Das ist durchaus kein Phantasiegebilde, sondern durch Tatsachen erhärtete Wahrheit! Die Frauen von Burano waren einst Wunder von Schönheit, verloren aber nach und nach alle Reize, als sie nach Einführung der Spitzenindustrie hart arbeiten mußten. Und dann noch ein Beispiel: „In einer Stadt Piemonts und in einer anderen, zwischen Mailand und Turin gelegenen Stadt war die weibliche Jugend, bevor die industriellen Etablissements aus dem Boden wuchsen, außerordentlich schön und üppig, daß die beiden Hauptstädte von dort viele ihrer Ammen bezogen; nach der Errichtung der Fabriken aber wurden die Frauen so ausgemergelt und kraftlos, daß man tiefstes Mitleid empfindet, wenn man sie zu sehen bekommt."

In Deutschland und überhaupt in allen schon lange mitten in der industriellen Entwicklung stehenden Ländern ist diese Tragödie durchweg schon seit Jahrzehnten, wenn nicht schon viel länger, abgeschlossen.

Freilich: diese traurigen Konsequenzen der internationalen Industrialisierung fallen nur den arbeitenden Massen zur Last. Wer daher so blind ist, die Menschheit nur in den oberen und besitzenden Klassen repräsentiert zu sehen, der kann sogar mit leichtem Mute von einem unwiderleglichen Aufstieg der Körperkultur in unserer Gegenwart reden.

Eduard Fuchs.

Rotes Muckertum

Von Bruno Schoenlank

Mucker, die sich durch Schlüssel und Astlöcher über die drinnen moralisch entrüsten und es verdammt langweilig finden, wenn ihnen keine Gelegenheit gegeben wird, will ich getrost ihrem Schicksal überlassen. Ich will den Kampf aufnehmen gegen ein Muckertum, das für die Arbeiterbewegung viel gefährlicher ist, weil es sich in einen extraroten, klassenbewußten Mantel hüllt und so sein Unheil anrichtet. Weder eine Heerschar von Tintenfässern mit schreibwütigen Federn, noch das Gefühl, ein Stein des Anstoßes zu werden, sollen mich davon abhalten, die Dinge bei dem richtigen Namen zu nennen.

Was ist rotes Muckertum? Ein drastisches Beispiel sagt mehr als Bände Erläuterungen.

Unsere kommunistische Kinderzeitung brachte vor etlicher Zeit das reizende Volksmärchen vom Pfannkuchen. Kurz skizziert ist die Handlung etwa so: Drei Weiblein legen zusammen Mehl, Eier und Oel und backen sich ein einen wundervollen Pfannkuchen. Doch wie der gerade so recht schön braun wird, springt er aus der Pfanne und heidi, hast du nicht gesehen, auf und davon. Nach mancherlei Abenteuern, — allerlei Getier bittet ihn vergeblich, sich doch fressen zu lassen, — springt er mit einem appetitlichen Saltomortale in den Schoß eines armen Kindes.

Ob dieser Geschichte Sturm bei etlichen besonders engstirnigen Gralshütern des Klassenbewußtseins! Dies harmlose, entzückende Märchen, geschöpft aus dem reichen Märchenborn, wird verworfen, eben deshalb, weil es so harmlos und ganz ohne Nebenabsicht ist. Ich empfehle, für diese Engstirnigen ein umgearbeitetes Märchenbuch herauszugeben. Der Pfannkuchen würde sich dann etwa so anhören:

Es war eine reiche dicke Frau, die schickte ihr Dienstmädchen zum Kaufmann, Mehl, Eier und Oel für einen Pfannkuchen zu kaufen. Gerade, wie das Mehl abgewogen wurde, hörte es ein armes Mädchen sagen: „Ach, wenn ich doch auch einmal einen Pfannkuchen kriegte. Das Mehl wurde nachdenklich, und während es mit seinen Schicksalsgefährten zu einem Teig verarbeitet wurde, rief es: Laßt euch nicht von der fetten Frau fressen, die ist schon dick genug. In der Pfanne stieg die Stimmung zur Siedehitze. Als nun der fertige Pfannkuchen der reichen Frau gebracht wurde, huppdich, sprang er ihr ins Gesicht, daß sie vor Angst und Schmerz aufschrie. Darauf machte er einen Satz zum Fenster hinaus und lief und lief. Beinahe wurde er von einem Privatautomobil überfahren, das rücksichtslos durch die Straßen raste. Eine Menge Volk und Sipo jagte hinter dem Pfannkuchen her. Doch der lachte sie nur aus. Die Reichswehr wurde alarmiert. Die Straßen mit Stacheldraht abgesperrt und Maschinengewehre aufgestellt. Doch der Pfannkuchen lief weiter. Ein Offizier schrie ihm zu: Wer weiter geht, wird erschossen. Da sprang ihm der Pfannkuchne durch die Beine, daß er vor Schreck der Länge nach hinfiel. Die Jagd ging weiter, bis der Pfannkuchen auf einmal in einer grauen Mietskaserne verschwand. Eins, zwei, drei, durch den Hof, dann hullerdikuller, vier Treppen hinauf. Er klingelte, und denkt euch, das kleine arme Mädchen wohnte darin. Wie die staunte. Doch der Pfannkuchen gab ihr einen süßen Kuß und sagte: Für dich bin ich so gelaufen, nun mache keine Umstände und iß mich endlich auf.

Nicht wahr, das war ein vernünftiger Pfannkuchen, und wenn sie alle so klug wären, würde es bald ein großes Pfannkuchenlaufen geben.

Ungeahnte Möglichkeiten, harmlose Märchenkost zur klassenbewußten umzumodeln. Denn ich fürchte, die Phantasie wird bei den meisten nicht ausreichen, Eigenes zu gestalten. Sicherlich fehlen uns Märchen und eingeführte Erzählungen für unsere Kinder, die sie unserer Gedankenwelt, unserem Sehnen und Kämpfen nahebringen. Aber wohin mit wildgewordenen Spießbürgern, die weder ein lyrisches Gedicht von Goethe oder Mörike, noch Blumenanmut um ihrer selbst willen gelten lassen wollen. Doch das ist es ja, daß sie selbst das Abc der Psychologie nicht begreifen: das ewige Pendelschwingen von Kampf und innerer Einkehr. Eine mechanisierte Auffassung macht sich breit, die glaubt, mit revolutionären Schlagworten auch imer revolutionäre Schlagkraft zu erreichen, eine Auffassung, die vergißt, daß alles seine Zeit hat. Keine opportunistische Stimmungsträgerei, aber das Wissen von dem, was man will und wie man es erreicht. Und zu diesem Wissen gehört zumindest für den, der für das Proletariat eintritt, die Kenntnis seiner Seele. Eine Kenntnis, die zu der Erkenntnis führen muß, daß gerade durch diese Engstirnigkeit von uns selbst an ihr gefrevelt wird. Wer sie nur einseitig anspannt, braucht sich nicht zu wundern, wenn der Hang nach Zerstreuung in andersgearteten seelischen Bewegungen sich in Varieté und Tingeltangelvergnügungen auslöst.

Das ist der Fehler fast der gesamten Arbeiterpresse (von der bürgerlichen ganz zu schweigen, die aber mit geschickten Sensationen und Sensatiönchen arbeitet), daß sie den Hunger auch nach Empfindsamkeit nicht zu stillen weiß und so ungeahnte Triebkräfte nicht nutzbar macht. Braucht sie sich zu wundern, wenn ihre stärksten Worte abgegriffen werden wie bettelarme Fünfzigpfennigscheine. Die schönste revolutionäre Muskulatur ist ein Unding, wenn die Ohren nicht hören und die Augen nicht sehen gelernt haben.

Ich weiß, man wird mir andichten, ich wolle eine lyrische Blumenwiese aus dem Feuilleton machen, am liebsten gleich das ganze Blatt in Lyrismen auflösen. „Ethischer Quatschkopf," wird noch die zarteste Benennung sein, die mir zuteil wird. Was schert es mich? Was ich erstrebe, ist keine Empfindungsduselei. Das Feuilleton — die schöne Zeitung, wie es die Russen nennen — soll den Geist der Zeit mit ihren Qualen und Freuden widerspiegeln, es soll rückwärts sehen lernen und vorwärts schauen und in sich schon einen Abglanz der künftigen Gesellschaft tragen. Doch wer bei jeder Betrachtung irgend einer Erscheinungsform des mannigfaltigen Daseins sich abquält, noch eine klassenkämpferische Moral anzuwenden, ist nicht verschieden von denen, die allüberall in ein aufdringliches Schöpfungshaleluja ausbrechen.

„Es flucht der Wurm dem Fuße des Tyrannen
Es singt der Wurm und preiset Gott",

ist so ungefähr dasselbe, nur daß der fluchende Wurm der roten und der lobsingende der schwarzen Fakultät angehört.

Das heißt doch, alle Dinge in das Prokustesbett menschlicher Denkträgheit einspannen und erinnert mich in der Nutzanwendung an eine Fabel, wo ein Seidenwurm einer Spinne vorprahlt, daß sein Gespinst mit Gold aufgewogen würde. Nur vergißt der moralische Fabeldichter hinzuzufügen, daß der arme Seidenwurm bei dem Geschäft sein Leben lassen muß.

Wir wollen ein Proletariat, das sich über die wirtschaftlichen Triebkräfte klar ist, und das sich der hohen Aufgabe bewußt ist, die ihm von der Geschichte gestellt ist. Doch dazu gehört, daß alle seine inneren Quellen lebendig bleiben und nicht von roter Muckerei eingeengt werden, denn ein kleinliches Gefühl ist wahr[illegible] der Boden, auf dem Opfermut und hingebende Treue reifen können.

Lerne!

Lerne deinen Körper kennen und was du von deiner Seele wissen kannst, gewöhne dich zur Arbeit und lerne deine Bequemlichkeit überwinden, gewöhne deinen Verstand zum Zweifel und dein Herz zur Verträglichkeit! Lerne den Menschen kennen und waffne dich mit Mut, zum Vorteil deines Nebenmenschen die Wahrheit zu reden!

Lichtenberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211212-19/fragment/page=0008